

JÜRGEN LEIBIGER

## **DIE AKKUMULATION DES KAPITALS: VOR DEM FINALEN CRASH?**

- 1 Stagnation, Zusammenbruch, Endspiel: zeitgenössische Theorien
- 2 Die Kapitalakkumulation und ihre Krisen
- 3 Die Arithmetik von Wachstum, Stagnation, Zusammenbruch
- 4 Kapitalwachstum
- 5 Konzentration, Dekonzentration, Too Big to Fail
- 6 Wachstum des Mehrwerts, steigende Profite
- 7 Wirtschaftswachstum: Globale Verschiebung und Instabilität
- 8 Megatrends der Akkumulation: Geschichte mit offenem Ausgang

*Zusammenfassung: Obwohl die jüngste Weltwirtschaftskrise von historisch außerordentlicher Schwere war, hat sie nicht zu einer solchen Kapitalentwertung und Beseitigung der Überakkumulation geführt, um mehr als einen unsicheren zyklischen Aufschwung herbeizuführen. Auch die politischen Reaktionen – Sozialisierung privater Schulden, Flutung der Finanzmärkte mit Zentralbankgeld, kurzfristig angelegte Konjunkturprogramme, die rasch von Sparpolitik abgelöst wurden, und halbherzige Regulierungsankündigungen – sind nicht dazu angetan, die nächste Finanz- und zyklische Krise milder werden zu lassen. Die Akkumulation ist labiler und risikobehafteter denn je und ohne eine große Entwertung wird sie diese Charakteristika vorerst beibehalten. Ihre innere und ihre globale, räumliche Struktur unterliegen einem tief greifenden Umbruch. Ihre Stagnation oder gar ihr baldiger Zusammenbruch – wie von Rosa Luxemburg vor 100 Jahren in ihrem epochalem Werk «Die Akkumulation des Kapitals» und von einigen Autoren in der Gegenwart postuliert – kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden. Wünschenswert ist ein finaler Crash, was immer er beinhalten mag, sowieso nicht, genauso wenig wie der ewige Bestand des Kapitalismus. Aber die Akkumulation des Kapitals mit all ihren Widersprüchen und Zumutungen setzt sich so lange fort, wie die mit ihr verbundenen, wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, insbesondere die Gefährdung einer angemessenen Reproduktion der von Lohn- und Sozialleistungen abhängigen Bevölkerung, nicht zu einer radikalen Politik- oder systemischen Wende führen.*

Als Rosa Luxemburg 1913 «Die Akkumulation des Kapitals» veröffentlichte, war ihr Anliegen die Erklärung des Imperialismus und der Nachweis einer «objektiven ökonomischen Schranke» des Kapitalismus. Diese Schranke, an der jede weitere Kapitalakkumulation «unmöglich» würde, sei erreicht, wenn alle nicht-kapitalistischen Räume und Sphären, ohne deren Existenz der Profit nicht realisiert werden könne, der Kapitalverwertung unterworfen seien. Dieser Punkt sei allerdings nur eine «theoretische Fiktion», um die Tendenz der Entwicklung zu zeigen. Bevor er erreicht sei, komme es zu einer «fortlaufenden Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen», bis schließlich das Proletariat in das «blinde Spiel der Kräfte eingreift».<sup>1</sup> Ihren theoretischen Kontrahenten in der Sozialdemokratie antwortete Luxemburg: «Wenn man die schrankenlose Akkumulation des Kapitals annimmt, man auch die schrankenlose Lebensfähigkeit des Kapitals bewiesen hat [...] Der wichtigste objektive Pfeiler der wissenschaftlichen sozialistischen Theorie bricht dann zusammen.»<sup>2</sup> Die politische Brisanz dieser Fragestellung, damals eingebettet in die Auseinandersetzung um Reform und Revolution, liegt auf der Hand. Luxemburg plädierte für Angriff, denn ohne eine sozialistische Revolution stünde die Barbarei bevor, in die der Zusammenbruch der Kapitalismus unweigerlich münden müsse.

Angesichts weiterer 100 Jahre Erfahrung mit diversen Krisen, die das System der Kapitalakkumulation zutiefst erschütterten, ohne dass es zum endgültigen Kollaps kam, erweist sich die Auffassung, die Akkumulation sei von Anfang an auf einen historischen Endpunkt gerichtet, als zumindest fragwürdig. Trotz der inspirierenden Kraft ihrer Überlegungen<sup>3</sup> sind die von Luxemburg hergestellten Zusammenhänge nicht zwingend. Abgesehen von theoretischen Schwächen ihrer Argumentation und auch abgesehen von der Frage, in welchem Verhältnis die in den Krisen zutage tretenden Widersprüche und Grenzen der Akkumulation zu einer historisch absoluten Grenze stehen mögen, bleibt unter anderem das Problem der zeitlichen Perspektive. Ist es nicht denkbar, dass andere als innere, im Mechanismus der Akkumulation liegende Schranken existieren – zum Beispiel der Natur – die sich früher bemerkbar machen? Sind dann solche langfristigen, inneren Grenzen der Akkumulation, so sie existieren sollten, überhaupt von Bedeutung? Zeigt nicht Luxemburgs Feststellung von der Überwindung des Kapitalismus vor Erreichen dieses Punktes, dass diese Grenze vielleicht eher in der zeitweilig wiederkehrenden Untergrabung einer sozial-historisch angemessenen Reproduktion lohnabhängiger Klassen und Schichten liegt und von deren Willen und Fähigkeit, eine Alternative durchzusetzen, abhängig ist?<sup>4</sup> Dazu bedürfte es auch nicht einer *beständigen* Verelendung als «geschichtliche Tendenz der Akkumulation», wie sie Karl Marx postulierte. Das 20. Jahrhundert erlebte Phasen, in denen prekäre Lebensverhältnisse und Verelendung absolut zunahmen und in bestimmten Ländern zu Revolten führten. In anderen Ländern wurde diese Tendenz im Rahmen des bestehenden Systems gebrochen, auch wenn die Lohnabhängigen doppelt frei blieben. Wären nicht auch Argumente für eine post-kapitalistische Welt denkbar, die davon ausgehen, dass der zwiespältige, zerstörerische Charakter des Fortschritts, den er auch heute noch hervorbringt, seine Überwindung notwendig macht, die Katastrophe also nicht in seinem Zusammenbruch, sondern in seiner Weiterexistenz besteht? Könnte es sein, dass sich im weltweiten Wettbewerb der Systeme und Regulationsregime bestimmte Ordnungen als sozial-ökonomisch erfolgreicher als der Kapitalismus oder bestimmte seiner Varianten herausstellen und es deshalb – völlig unabhängig davon, ob er sich in einer Endkrise befindet – zu nachholenden Systemveränderungen kommt, er also «abgewählt» wird, weil bereits bessere Alternativen existieren oder sich abzeichnen und durchgesetzt werden? Vollzogen sich die räumlich differenzierten Formationsübergänge in der Vergangenheit nicht überhaupt häufiger, wenn nicht immer, in der Form der Systemauseinandersetzung und eines Sieges von überlegenen Systemen statt in inneren Zusammenbrüchen?<sup>5</sup> Man sieht, um über den Kapitalismus hinaus zu denken, bedarf es nicht Luxemburgs «theoretischer Fiktion» eines Endpunktes. Es sind andere Ansätze denkbar, um nach einer wissenschaftlich begründeten Alternative zu suchen. Es ist der existierende, nicht der irgendwann sterbende Kapitalismus,

---

<sup>1</sup> Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1985, S. 519 f.

<sup>2</sup> Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, S. 276 f.

<sup>3</sup> Diese Inspiration gilt gegenwärtig zum Beispiel für die Konzepte der äußeren und inneren kapitalistischen «Landnahme» oder der «Akkumulation durch Enteignung». Vgl. dazu Dörre, Klaus: Landnahme, Artikel im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus, Bd. 8/1, Hamburg 2012.

<sup>4</sup> So findet sich bei Marx die Bemerkung: «Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.» (Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 529 f.). Wird «Untergrabung» zu Ende gedacht, verweist dies auf andere als interne Grenzen der Akkumulation.

<sup>5</sup> Ein Mangel vieler Theorien über die Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Betrachtung «des» Kapitalismus, als existiere dieser nicht in historischen und räumlichen *varieties* (darunter vielleicht auch in Übergangsformen), sondern als globaler Monolith. Anknüpfend an ältere Theorien ist es gegenwärtig vor allem das Verdienst der *radical geography*, insbesondere David Harveys, mit dem Konzept der «*uneven development* die Marxsche Theorie verräumlicht zu haben». (Wissen, Markus/Naumann, Matthias: Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung, ACME, An International E-Journal for Critical Geographies, 7/3, 2008, S. 40).

der sie erfordert. Ganz davon abgesehen ist es für die den Zusammenbruch prophezeienden Kräfte immer wieder frustrierend, wenn er nach einer Krise wie Phönix aus der Asche aufersteht.

Blättert man durch die linken Journale der vergangenen 30, 40 Jahre gibt es keinen Jahrgang, in dem nicht eine stagnierende Wirtschaft oder eine Krise konstatiert wird. Kommt es tatsächlich zu einer Krise, also verminderter Akkumulation und Reproduktion, steigern sich manche dieser Äußerungen zu Prophetien des nahen Untergangs, entweder weil der Kapitalismus nun auf der Endstufe seiner Entwicklungsmöglichkeiten – jener «gewissen Stufe der Entwicklung»<sup>6</sup> – angekommen sei, oder durch eine politische Aktion bald überwunden würde.<sup>7</sup> Wie hätte man sich diesen finalen Crash vorzustellen? Haben die auf den Systemerhalt gerichteten Kräfte erneut die Macht für einen New Deal und seine Opponenten weder ausreichenden Willen und Mut noch die Kraft, das System radikal zu transformieren; ist der vermeintliche Endpunkt also noch nicht erreicht? Und falls es zu einer Systemtransformation kommt, haben die Produktivkräfte jene «gewisse Stufe» erreicht, auf der ein anderes als das kapitalistische System funktionieren könnte, vorausgesetzt, die Sache würde richtig angepackt? Diese Fragen seien aufgeworfen, alle beantwortet werden sollen sie hier nicht. Vielmehr konzentriert sich der Beitrag auf die Frage nach den heutigen Megatrends der Kapitalakkumulation. Dazu sollen einige zeitgenössische Theorien über die geschichtliche Tendenz der Akkumulation «beim Wort genommen» und den Realitäten gegenübergestellt werden. Liefert die empirische Analyse der in diesen Theorien in den Mittelpunkt gestellten ökonomischen Tendenzen belastbare Indizien für den in naher Zukunft bevorstehenden finalen Zusammenbruch der Akkumulation?<sup>8</sup>

## 1 STAGNATION, ZUSAMMENBRUCH, ENDSPIEL: ZEITGENÖSSISCHE THEORIEN

Stagnations-, Zusammenbruchs- und Endzeittheorien des Kapitalismus haben eine lange Tradition, und manche zeitgenössischen Autoren knüpfen auch an solche Traditionen an. Allerdings hat sich der Erfahrungshintergrund für derartige Überlegungen inzwischen fundamental verändert und der Hinweis auf ältere Autoren scheint nicht unproblematisch. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts hatte trotz aller Widersprüche und Katastrophen insgesamt eine Dynamik entwickelt, wie sie sich jene Theoretiker kaum hätten vorstellen können. Nicht der «Spätkapitalismus» (Werner Sombart, Ernest Mandel) ist zusammengebrochen, sondern der europäische Frühsozialismus. Zudem gibt es Entwicklungen, wie die sich verschärfenden ökologischen Problem oder die Existenz hybrider Gesellschaften zum Beispiel in China, die in älteren Theorien keine Rolle spielen konnten. Und schließlich zeigten die jüngsten Ereignisse erneut, dass schwere Weltwirtschaftskrisen dem Kapitalismus einerseits nach wie vor immanent sind, aber andererseits beherrscht werden können und die Akkumulation fortgesetzt werden kann. Wie kritisch die vorherrschenden wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die jüngste Krise auch immer betrachtet werden müssen, so lassen sie die Erfahrungen früherer Krisen, wie zum Beispiel der von 1929/33 nicht gänzlich unberücksichtigt.

Ein schematischer Überblick über einige Endzeittheorien wird in Tabelle 1 gegeben. Diese Theorien prophezeien nicht alle einen *automatischen Zusammenbruch* der Kapitalakkumulation, aber alle prophezeien ihr absehbares Ende. Sie lassen sich nur schwer in einheitliche Gruppen fassen, dazu bedürfte es eines mehrdimensionalen Systems von Kriterien. Etwas vereinfacht ließe sich eine Gruppe ausmachen, nach der sich der Kapitalismus allmählich in ein anderes System verwandelt. Eine zweite Gruppe geht von eskalierenden Widersprüchen aus, die zu seiner politischen Überwindung führen müssten, aber offen lassen, was passiert, wenn es dazu nicht kommt. Und eine dritte Gruppe ist vom unausweichlichen Zusammenbruch überzeugt, einer Katastrophe, die in der Barbarei endet.

---

<sup>6</sup> Die Formulierung stammt von Marx und Engels (dies.: Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 467) und wurde immer wieder von ihnen verwendet. Sie taucht aber auch in verschiedenen Abwandlungen in Arbeiten anderer Autoren über den transitorischen Charakter des Kapitalismus auf. Verräterisch ist hier das Wort «gewisse». Es signalisiert, dass diese Stufe nicht genau definiert werden kann.

<sup>7</sup> So sieht zum Beispiel Manfred Sohn, Landesvorsitzender der Linkspartei in Niedersachsen, im Anschluss an Robert Kurz das Ende des Kapitalismus gekommen und stellt linken Politikakteuren pathetisch die Frage: «Wann geht's los?» (Sohn, Manfred: Vor dem Epochenbruch, in: Neues Deutschland, 6.8.2013, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/829420.vor-dem-epochenbruch.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/829420.vor-dem-epochenbruch.html)).

<sup>8</sup> Vgl. zu diesem Themenkreis auch: Leibiger, Jürgen: Stagnation, Kollaps oder Krise des Kapitalismus?, in: Sozialismus 308, 2007, S. 24–35 und ders.: Hamlet und der Untergang der «Titanic». Über die Krisen und die Krise des Kapitalismus, in: Berliner Debatte Initial 3/2012, S. 4–17.

**Tabelle 1: Ausgewählte Theorien über das Ende des Kapitalismus<sup>9</sup>**

| Autor   | Begründung   | Endzeit-Merkmale  |
|---|--|---|
| Karl Marx (1867)                                  | Allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, tendenzieller Fall der Profitrate  | Widerspruch zwischen der Konzentration des Reichtums und der Verelendung führt zur Zuspitzung sozialer Spannungen                                 |
| Rosa Luxemburg (1913)                             | Akkumulation nicht mehr möglich, sobald keine nicht-kapitalistischen Sphären mehr existieren   | Realisierung des Mehrwerts stockt, Akkumulation stagniert, schwere Krisen, Zusammenbruch und Barbarei   |
| Eugen S. Varga (1922)                             | Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus   | kein Zusammenbruch (Erhalt des Kapitalismus, Druck auf die Lage des Proletariats), aber Entstehen der Möglichkeit zur politischen Überwindung     |
| Henryk Großmann (1929)                            | tendenzieller Fall der allgemeinen Profitrate  | Akkumulation stagniert und bricht zusammen  |
| John M. Keynes (1936)                             | Sättigung der Konsumgüternachfrage, sinkende Profiterwartung (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals)  | wachsende Sparquote, sinkende Zinsen, chronischer Kapitalüberschuss, Stagnation, allmähliche Verwandlung des Systems                              |
| Paul M. Sweezy (1942)<br>Sweezy/Paul Baran (1966) | Profitantrieb verkümmert infolge der Monopolisierung   | Stagnation, geistige, moralische Verelendung, revolutionäre Überwindung des Kapitalismus unausweichlich   |
| Joseph A. Schumpeter (1942)                       | Unternehmergeist erlahmt infolge der Veränderung des institutionellen Umfelds  | allmähliche Verwandlung des Systems durch wachsende Rolle des Staates   |
| Karl Polanyi (1944)                               | die große Transformation, d. h. die totale Kommerzialisierung der Gesellschaft   | moralische, kulturelle Verelendung und Selbstzerstörung der Gesellschaft  |
| Ernest Mandel (1972)                              | Mehrwertproduktion stagniert, weil infolge der Automatisierung weniger lebendige Arbeit angewandt wird                                     | Profitrate sinkt, Akkumulation stagniert, Zusammenbruch   |
| Immanuel Wallerstein (1998, 2008)                 | jedes System hat Anfang und Ende, gegenwärtige lange Welle endet in einer Depression infolge sinkender Profitrate                          | häufigere, schwere Krisen, chaotisches Systemende noch vor 2040   |
| Robert Kurz (zuletzt 2012)                        | Automation in der dritten industriellen Revolution verdrängt wert- und mehrwertschaffende Arbeit, Wert- und Mehrwertproduktion geht zurück | Wertmasse sinkt, Akkumulation stagniert, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen, Barbarei unausweichlich, weil alternative Kräfte zu schwach |
| Michael Hardt/Antonio Negri (2000, 2010)          | Akkumulation benötigt ein «Außen», das allmählich aufgebraucht wird (Basis: Theorie Luxemburgs)  | stagnierende Akkumulation, revolutionäre Überwindung des Kapitalismus durch die Multitude   |
| Elmar Altvater (2005)                             | innere Widersprüche der Akkumulation und Grenzen der Energieversorgung   | chaotischer Zusammenbruch (Desaster), «Imperium der Barbarei», wenn sich Alternativen nicht durchsetzen   |
| Jason W. Moore (2010)                             | natürliche Grenzen, weil Gratisdienste der Natur aufgebraucht sind   | wachsende Preise von Ressourcen und Nahrungsmitteln, Profitrate sinkt   |
| Stefan Krüger (2010)                              | tendenzieller Fall der Profitrate, Wachstum der Mehrwertmasse verlangsamt sich   | strukturelle Überakkumulation, stagnative Tendenzen ohne Zusammenbruch  |
| Klaus Dörre (2012)                                | Grenzen der äußeren und inneren Landnahme  | unsicher, ob Kapitalismus weiter Wachstum generieren kann   |

Nicht alle diese Theorien, sondern nur einige besonders markante Varianten können hier behandelt werden.<sup>10</sup> Insbesondere der Ansatz des kürzlich verstorbenen Robert Kurz sticht hier hervor. Kurz, der die

<sup>9</sup> Quellen in der Reihenfolge der Tabelle: Marx: Das Kapital; Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals; Varga, Eugen: Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, in: ders.: Ausgewählte Schriften 1918–1964, Bd. 1, Berlin 1979; Großmann, Henryk: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Leipzig 1929; Keynes, John M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), Berlin 2006; ders.: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1930), in: Reuter, Norbert: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 2007; Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt a. M. 1971; Baran, Paul A./Sweezy, Paul M.: Monopolkapital, Frankfurt a. M. 1973; Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1987; Polanyi, Karl: The Great Transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M. 1995; Mandel, Ernest: Der Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1972; Wallerstein, Immanuel: Utopistik, Wien 2008; Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1999; ders.: Geld ohne Wert, Berlin 2012; Hardt, Michael/Negri, Antonio: Empire, Frankfurt a. M./New York 2000; dies.: Common Wealth, Frankfurt a. M./New York 2010; Altvater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir in kennen, Münster 2005; Moore, Jason W.: The End of the Road? Agricultural Revolutions in the Capitalist World-Ecology, in: Journal of Agrarian Change, 2010, S. 389–413; Krüger, Stefan: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Hamburg 2010; Dörre, Klaus: Landnahme und Grenzen kapitalistischer Dynamik, in: Berliner Debatte Initial 4/2011, S. 56–72.

gegenwärtigen Krisen als Kollaps warenproduzierender Ökonomien überhaupt interpretierte, glaubte nicht, dass es Kräfte gebe, die den Zusammenbruch, der sich bereits vollziehe, aufhalten könnten. Alles ende in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts «in einer ziellosen Schlächtereier und Entzivilisierung».11 Der Zusammenbruch sei der Warenproduktion und dem Kapital von Anfang an eingeschrieben, weil ihnen ein innerer Selbstwiderspruch innewohne, der «in immer reinerer Form zu Tage tritt und auf einen Kulminationspunkt zutreibt».12 Dieser Punkt, die absolute Entwicklungsschranke der Warenproduktion, auf die schon Marx in den Grundrissen hingewiesen habe,13 werde in der gegenwärtigen dritten industriellen Revolution erreicht. In ihr beginne die produzierte Mehrwertmasse zu sinken, weil infolge des Freisetzungprozesses der lebendigen Arbeit die Masse der angewandten Lohnarbeit stärker sinke, als die Mehrwertrate steigen könne. Zwingende Beweise, warum dieser Prozess gerade in der heutigen industriellen Revolution stattfinden soll, bleibt Kurz schuldig. Und obwohl er die quantitative, empirische Überprüfung seiner These nicht für möglich hält, als «positivistische Erbsenzählerei»14 sogar ablehnt, kommt er letztlich nicht umhin, etwas dazu zu sagen, an welchen Indizien das Erreichen der Zusammenbruchperiode in der Gegenwart historisch-konkret, also auch empirisch festzumachen sei. Das sind dann auch nur ziemlich allgemein angeführte Prozesse, wie die «Zusammenbrüche ganzer Volkswirtschaften», die Jugendarbeitslosigkeit, die weltwirtschaftlichen Verwerfungen und wirtschaftliche Einbrüche «in immer kürzeren Abständen».15 Auf diese Thesen wird weiter unten einzugehen sein, aber schon hier sei darauf verwiesen, dass es diese Erscheinungen auch schon in früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung gab.

*Immanuel Wallerstein* geht auf der Basis seiner Weltsystemtheorie davon aus, dass jedes System, das einen historischen Anfang habe, irgendwann einmal auch zu Ende geht. Für die Jahrzehnte bis in die Mitte dieses Jahrhunderts prognostiziert er eine «Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration», weil «das gegenwärtige System als solches nicht überleben kann».16 Wallerstein meint, der Kapitalismus entwickle sich in Form der nach Kondratieff benannten langen Wellen und befinde sich zurzeit in einer solchen Phase dieser Wellendynamik, die in einem globalen Chaos enden müsse. Sie sei durch «eine ernsthafte Verschärfung der weltweiten «Profitklemme», der Schwierigkeit, Profite zu realisieren und die staatliche Finanzkrise gekennzeichnet.17 Die Ursachen dieser Profitklemme liegen seines Erachtens in vier langfristigen globalen Tendenzen begründet: dem steigenden Anteil der Löhne an den Produktionskosten, den wachsenden Rohstoffpreisen, der zunehmenden Steuerquote und dem Konkurrenzdruck neuer, aufstrebender Nationen.18 Er versucht freilich nicht, diese Tendenzen empirisch zu untersetzen. Wichtige, einer Profitklemme entgegenwirkende Kräfte, spielen bei ihm keine Rolle, so zum Beispiel die Tendenz zu höherer Arbeitsintensität oder zu komplizierter, trotz steigender Löhne höheren Mehrwert schaffender Arbeit. Seine Wellenchronologie ist zudem widersprüchlich. In der «Utopistik», diagnostiziert er «beim Eintritt der Welt ins 21. Jahrhundert einen Kondratieffschen Aufschwung», der besonders explosiv sei und in einer «Eruption» enden werde.19 In jüngeren Veröffentlichungen spricht er davon, dass sich das Weltsystem seit den 1970er Jahren in einer Kondratieffschen Abschwungphase befinde, die nach wie vor andauere und zu «chaotischen Turbulenzen» über 20 bis 50 Jahre führe, bevor das System am Ende sei und sich ein anders System etabliere.20 Hier soll es aber gar nicht so sehr um eine theoretische Auseinandersetzung gehen, sondern um die Merkmale dieser Endphase: sinkende Profitraten und zunehmende Krisenanfälligkeit. Nur am Rande sei bemerkt, dass die verschiedenen Verfechter der Theorie der langen Wellen unterschiedliche Terminierungen vornehmen. Sie können nicht eindeutig bestimmen, in welcher Wellenphase sich der Kapitalismus eigentlich befindet. Wallerstein prognostizierte ursprünglich für den Beginn des neuen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung. Als es anders kam, betrachtete er das als

---

<sup>10</sup> Einen exzellenten Überblick über die Geschichte des Zusammenbruchgedankens und seiner Kritik in der Zeit vor Luxemburg bis in die 1930er Jahre lieferte 1942 Paul M. Sweezy (ders.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1971, Kapitel XI). Zur jüngeren Kontroverse vgl. Diederichs, Rainer: Die Dritte industrielle Revolution und die Krise des Kapitalismus, Marburg 2004 und Reuter, Norbert: Ökonomik der langen Frist, Marburg 2000.

<sup>11</sup> Kurz, Geld ohne Wert, S. 363, 413.

<sup>12</sup> Ebd., S. 242.

<sup>13</sup> «Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein [...] Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen ...» (Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 601).

<sup>14</sup> Kurz, Geld ohne Wert, S. 297.

<sup>15</sup> Ebd., S. 302.

<sup>16</sup> Wallerstein, Utopistik, S. 73 f.

<sup>17</sup> Ebd., S. 54.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 44–57.

<sup>19</sup> Ebd., S. 67 f.

<sup>20</sup> Wallerstein, Immanuel: Die große Depression, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2008, S. 5–7.

Signal dafür, dass es zu Ende geht. Das heißt, der Kapitalismus könne keinen neuen Wellenaufschwung generieren.

*Michael Hardt* und *Antonio Negri* knüpfen an Luxemburgs Endzeittheorie an. Danach sei der Kapitalismus am Ende, wenn die Welt durchkapitalisiert sei, kein Flecken Erde und kein Produktions- und Lebensbereich mehr existiere, der nicht von der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie durchdrungen sei. Sei dieser Punkt erreicht, breche die Akkumulation zusammen, weil die Profitrealisierung an die Existenz nicht-kapitalistischer Abnehmer der kapitalistisch produzierten Waren gebunden sei. Inzwischen sei diese Phase kapitalistischer Entwicklung eingetreten und das nahe Ende des Systems stehe bevor: «Der Niedergang ist heute nicht mehr künftiges Los, sondern gegenwärtige Realität des Empire».<sup>21</sup> Allerdings äußern sich Hardt und Negri in einer späteren Arbeit vorsichtiger und lehnen dort den Begriff des Zusammenbruchs explizit ab.<sup>22</sup> Hardt konstatiert in einem Interview sogar, der «Kapitalismus sei so untot wie ein Zombi».<sup>23</sup> Wie bei vielen der von Hardt und Negri verwendeten Metaphern wird auch mit dieser Formulierung die gesellschaftliche Entwicklung allerdings mehr verrätselt als erklärt.

*John M. Keynes* und manche seiner Nachfolger<sup>24</sup> glauben ebenfalls nicht an die endlose Zukunft des Kapitalismus. Sein Ende sei aber nicht die Folge wirtschaftlicher Katastrophen und Revolutionen, sondern vollziehe sich als – auch wirtschaftspolitisch gestützter – Übergang in einen Zustand des Kapitalüberflusses, verbunden mit dem «sanften Tod des Rentiers [...] und [...] der niederdrückenden Macht des Kapitalisten». All das würde keine anderen Eigentumsverhältnisse, «keine Revolution erfordern»<sup>25</sup> und, wie sein Freund und Biograf Roy F. Harrod hinzufügte, vielleicht die Sozialisten von ihren «unangenehmen totalitären Neigungen» abbringen.<sup>26</sup> Der Kapitalüberschuss entstehe infolge einer psychologisch begründeten Nachfragesättigung, die zu einer steigenden Sparquote führe. Diese Nachfragesättigung äußere sich in Stagnationstendenzen und erlaube Arbeitszeitverkürzungen, die unter gewissen Bedingungen in einen Zustand der «wirtschaftlichen Seligkeit» münden.<sup>27</sup>

Keynes hatte sich in dieser Hinsicht fundamental geirrt. Die moderne Version des Rentiers erfreut sich angesichts der Spitzenrenditen im Finanzbereich bester Gesundheit und im Shareholder- oder Finanzmarktkapitalismus drücken seine Interessen der Kapitalakkumulation fester denn je ihren Stempel auf. Nobelpreisträger Paul Krugman fragt deshalb: «Glaubte er wirklich diese Dinge [vom sanften Tod der Rentiers – J. L.] oder hat er es einfach genossen, seine Kollegen an der Nase herumzuführen?»<sup>28</sup> Es ist freilich ein abstruser Gedanke, Keynes habe das «schelmisch» und nur zum «Spaß» geschrieben, wie Krugman es in seiner Einleitung zu dessen Hauptwerk glauben machen will. Auch die Voraussagen einer Konsumsättigung beziehungsweise einer steigenden Sparquote sowie sinkender Arbeitszeiten sind nicht eingetroffen, wie Robert Skidelsky, ein anderer Keynes-Biograf, erst kürzlich umfassend begründete.<sup>29</sup> Zwar scheinen die niedrigen Investitionsquoten und Wachstumsraten (Stagnationshypothese) sowie die sogenannte Sparschwemme (*saving glut*, Kapitalüberfluss, der nicht mehr im «Realbereich» investiert wird) für die Richtigkeit der Keynes'schen Langfristprognose zu sprechen. Aber diese Sparschwemme ist – wie weiter unten gezeigt wird – überhaupt nicht auf die erhöhte Sparquote der privaten Haushalte, also eine Konsumsättigung zurückzuführen. Die Sparquoten der privaten Haushalte sind in den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen vielmehr gesunken. Und die niedrigen Investitionsquoten und Wachstumsraten gehen mit hoher Arbeitslosigkeit und wachsenden sozialen Spannungen, ein Phänomen, das in Keynes Langfristprognose gar nicht vorkommt, einher.

Bemerkenswert an den eigentlichen Zusammenbruchstheorien – zum Beispiel bei Luxemburg und Kurz – ist, dass die von diesen Autoren reklamierten inneren Grenzen des Kapitals, die zum vermeintlichen Zusammenbruch führen, streng genommen äußere Grenzen sind. Bei Luxemburg ist es das nicht-kapitalistische Außen, das im Verlauf der imperialistischen Expansion quasi «aufgebraucht» wird. Dieses «Außen» sind Territorien oder Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion. Bei anderen Autoren sind es die Grenzen der natürlichen Umwelt oder die endlichen Bedürfnisse der Menschen. Dies gilt auch für Kurz, der wie kein anderer für seine Theorie den Beweis der «inneren Schranken» der Wertproduktion reklamiert. Aber das gilt nur im Hinblick auf die vermeintliche Verdrängung lebendiger Arbeit aus der materiellen

---

<sup>21</sup> Hardt/Negri: *Empire*, S. 387.

<sup>22</sup> Hardt/Negri: *Common Wealth*, S. 310.

<sup>23</sup> Hardt, Michael: Der Kapitalismus ist so untot wie ein Zombi, Interview, in: *Zeit Online*, 27.7.2013, unter: [www.zeit.de/campus/2013/04/studieren-sprechstunde-michael-hardt](http://www.zeit.de/campus/2013/04/studieren-sprechstunde-michael-hardt)

<sup>24</sup> Vor allem die Linksk Keynesianer Karl Georg Zinn und Norbert Reuter sind Befürworter der Langfristprognose von Keynes. Vgl. unter anderem: Reuter: *Ökonomik der langen Frist* und Zinn, Karl Georg: *Die Keynes'sche Alternative*, Hamburg 2008.

<sup>25</sup> Keynes: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, S. 317.

<sup>26</sup> Vgl. Harrod, Roy F.: *Towards a Dynamic Economics*, London 1954, S. 159.

<sup>27</sup> Keynes: *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*, S. 146.

<sup>28</sup> Krugmann, Paul: Einleitung zur *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* von John Maynard Keynes, unter: [www.keynes-gesellschaft.de](http://www.keynes-gesellschaft.de), S. 6 (Stand: 28.5.2013).

<sup>29</sup> Skidelsky, Robert und Edward: *Wie viel ist genug?*, München 2013.

Produktion infolge der Automatisierung. Eine endgültige Schranke kann er nur unterstellen, wenn keine neuen Produktionssphären entstehen können, die das freigesetzte Arbeitskräftepotenzial aufnehmen, das heißt, wenn alle Bedürfnisse befriedigt sind. An diesem Problem kranken letztlich viele Zusammenbruchstheorien. Das ist auch der Grund, warum Marx in diese Gruppe nicht eingeordnet werden darf. Die inneren Grenzen der Kapitalverwertung können im zyklischen Wirtschaftsverlauf immer wieder überwunden werden. Nur die Leidensfähigkeit des vom Kapital erzeugten Proletariats habe eine Grenze, an der es zur sozialen Revolution komme.

Die meisten Theorien, in denen das nahe, mehr oder weniger automatische Ende des Kapitalismus vorausgesagt wird, gehen davon aus, dass sich dieses Ende in Stagnation und Krisen der Kapitalakkumulation zeige. Diese träten häufiger auf, nähmen einen chronischen Charakter an und würden immer zerstörerischer, bis es schließlich zum endgültigen Zusammenbruch komme. In der gegenwärtig vielleicht einflussreichsten anderen Version der Geschichte vom Ende des Kapitalismus, der Theorie von John M. Keynes, nimmt dieser Vorgang keine krisenhaften Züge an. Vielmehr verwandle sich der Kapitalismus infolge des Kapitalüberschusses und des Absterbens der Rentiers unter der Hand in etwas anderes. In dieser Gesellschaft, die Keynes nicht näher bezeichnet, gibt es kein Wachstum mehr, es herrscht Vollbeschäftigung und die wachsende Arbeitsproduktivität wird in sinkende Arbeitszeit umgesetzt. Um die Frage zu beantworten, ob der Kapitalismus seinen vermeintlichen Endpunkt bereits erreicht hat, sind diese Merkmale des Akkumulationsprozesses zu untersuchen. Kommt also die Akkumulation, das heißt das Wachstum des Kapitals in seinen verschiedenen Formen, vor allem aber der Investitionsprozess beim fungierenden Kapital zum Erliegen? Liefert die Analyse des Profits Anhaltspunkte dafür, dass die Kapitalverwertung vor ihrem Ende steht? Gibt es Anzeichen für ein Erlahmen des globalen kapitalistischen Wirtschaftswachstums, also der Zunahme des Warenkapitals, der Produktion von Gütern und Leistungen?

## 2 DIE AKKUMULATION UND IHRE KRISEN

Akkumulation des Kapitals ist – kurz gesagt – die Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital zu dessen Vergrößerung, erneuter Verwertung und Profitsteigerung. Hilmar Kopper, ehemals Chef der Deutschen Bank, hat einem Interviewer das Ziel der Akkumulation in schöner Offenheit so zusammengefasst: «Ob Ihnen das gefällt oder nicht – es geht immer und überall nur darum, aus Geld mehr Geld zu machen.»<sup>30</sup> Um das zu erreichen, muss das Kapital einen Kreislauf vollziehen, in dem es unterschiedliche Formen annimmt: produktives Kapital, Warenkapital, Geldkapital, um nur die wichtigsten zu nennen. Im Zentrum dieses Kreislaufes steht die Mehrwertproduktion, in der die Lohnarbeiter Produktionsmittel in Bewegung setzen und Mehrwert schaffen. Dieser Mehrwert tritt als Profit in Erscheinung und wird in verschiedene Bestandteile aufgeteilt, insbesondere Unternehmergewinn, Zins und Grundrente, Teile, die von den verschiedenen konkurrierenden «Kapitalfraktionen», Träger unterschiedlicher Kapitalfunktionen, angeeignet werden, wobei ein und dieselbe Person und ein und dasselbe Unternehmen durchaus verschiedenen «Fraktionen» zugehörig sein kann.

Die Kapitalakkumulation ist der primäre Vorgang der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums im Kapitalismus. Es sind die unter den jeweiligen Bedingungen getroffenen, von den Zwängen der Konkurrenz geprägten Erwartungen und Entscheidungen der Kapitaleigentümer beziehungsweise ihrer Agenten vor allem hinsichtlich der Investitionen, die der Akkumulation und dem Wirtschaftswachstum zugrunde liegen. Im Kapitalkreislauf  $G - W (PM, AK) - P - W' - G'$ <sup>31</sup> stellt das in der Hand des Kapitalisten befindliche Geldkapital  $G$  den Ausgangspunkt dar. Soweit es die Verwendung des Mehrwerts betrifft, ist es das Teilungsverhältnis in Revenue und zusätzliches angewandtes Kapital, das den Umfang der Akkumulation bestimmt, und diese Teilung nimmt der Kapitalist vor, sie «ist also sein Willensakt», auch wenn er dabei nur «Triebrad [...] eines gesellschaftlichen Mechanismus» ist, wie Marx schreibt.<sup>32</sup> Oder, um es mit Michal Kaleckis Paradoxon zu sagen: «Es bestimmen [...] die Investitions- und Konsumententscheidungen ihre [der Kapitalisten] Profite und nicht umgekehrt die Profite ihre Konsum- und Investitionsentscheidungen», wobei natürlich «die Profite der vorherigen Periode eine der wichtigen Bestimmungsgrößen für die Investitionen und den Konsum der Kapitalisten sind».<sup>33</sup>

Sofern diese zunächst einzelwirtschaftliche Verwendung des Mehrwerts beziehungsweise von Teilen davon zur Kapitalaufstockung zugleich das gesellschaftliche Gesamtkapital vergrößert oder mit einer Steigerung der Produktivität verbunden ist, kommt es zu einem Wachstumsprozess der gesellschaftlichen Produktion und das Bruttoinlandsprodukt steigt. Das einzelne Kapital kann jedoch auch auf Kosten anderer Kapitale

---

<sup>30</sup> Kopper, Hilmar: Interview, in: Der Spiegel 52/2011, S. 62.

<sup>31</sup>  $G$  = Geldkapital,  $W$  = Warenkapital,  $PM$ =Produktionsmittel,  $AK$ =Arbeitskräfte,  $P$ =Produktion,  $G'$  steht für das um den Mehrwert vergrößerte Geldkapital usw.

<sup>32</sup> Marx: Das Kapital, S. 618.

<sup>33</sup> Kalecki, Michal: Theorie der wirtschaftlichen Dynamik, Wien 1966, S. 50.

wachsen, indem es sich diese einverleibt oder sich mit ihnen verbindet und die Konzentration des Kapitals<sup>34</sup> mit dem Ziel einer Stärkung der Marktmacht – entweder um die Preise besser beeinflussen zu können oder um Skaleneffekte zu erzielen – vorangetrieben wird. Die mit der Akkumulation steigende Produktion und Aneignung von Mehrwert bedeutet für die Arbeiterklasse die Reproduktion ihrer Stellung als prinzipiell abhängige Klasse. Je nachdem, in welcher Relation der Umfang der Akkumulation (ausgedrückt im Wachstum des Kapitalstocks) zu deren vom technischen Fortschritt geprägter Energie (dem Wachstum der Kapitalintensität) steht, verändert sich die Nachfrage nach Arbeitskräften. Entsprechend dem Arbeitskräfteangebot ergeben sich daraus bessere oder schlechtere Möglichkeiten im Lohnkampf der Arbeiter und damit rückwirkend für die Güternachfrage und die Realisierungsmöglichkeiten von Waren- und Mehrwert.

Die oben angeführte Formulierung von Kopper verweist auf eine Form des Kapitals, die sich als besonders bedeutsam für die jüngste Krise herausgestellt hat: Für einzelne Geldkapitale und eine gewisse Zeit lang besteht die Möglichkeit der Verwertung, indem bereits produzierter Mehrwert lediglich umverteilt wird, ohne dass der gesamte Kreislauf mit seinen Unwägbarkeiten und Risiken zu durchlaufen ist. So entsteht der objektive Schein, aus Geld könne unmittelbar mehr Geld entstehen. Jeder Anspruch auf ein regelmäßiges Einkommen, egal auf welcher Grundlage es erzielt wird, kann damit als Resultat eines Prozesses des «Mehr-Geld-Machens», das heißt als Verzinsung eines Geldkapitals betrachtet werden. Wird dieser Einkommensanspruch in Form eines Wertpapiers verbrieft und auf Finanzmärkten gehandelt, dann entspricht der Preis dieses Papiers der Geldsumme, die normalerweise benötigt wird, um ein Zinseinkommen zu erzielen, das so hoch ist wie das regelmäßige Einkommen, auf das jener Anspruch existiert. Dieses Wertpapier muss kein verbrieftes Anteil an irgendeinem produktiven, Waren- oder Geldkapital sein, vielmehr ist es ein zu Papier gebrachtes oder anderswie dokumentiertes *gedankliches* Konstrukt, nur vorgestelltes, oder – wie Marx es nennt – *fiktives Kapital*. Jedes einigermaßen glaubhafte Versprechen auf ein künftiges Einkommen kann als Frucht eines Kapitals betrachtet werden; fiktives Kapital kann also aus dem Nichts geschaffen werden und auch wieder dorthin verschwinden. Jeder, der auf seinem Personalcomputer ein Papier mit dem Versprechen eines künftigen Einkommens herstellen kann und potenziellen Käufern glaubhaft macht, dieses Versprechen könne eingelöst werden, könnte solches Kapital schaffen. Kann er seine Käuferzahl durch besonders überzeugende Argumente verdoppeln, verdoppelt er – vereinfacht gesagt – die Anzahl der ausgedruckten Wertpapiere. Steigt die Nachfrage nach solchen Papieren, so steigen deren Kurs und die daran geknüpfte Renditeerwartungen, und die Kursteigerung lockt weitere Nachfrager an, was den Kurs weiter steigen lässt. Für den einzelnen Anleger geht die Sache so lange gut, wie er als Inhaber solcher Papiere rechtzeitig – wenn der aktuelle Preis höher als der frühere Kaufpreis ist – aussteigt und neue Käufer dafür findet, die weiter steigende Kurse erwarten. Gesamtwirtschaftlich funktioniert das jedoch nur so lange, wie die aus dem Verkauf dieser Papiere eingenommenen Geldsummen letztlich in fungierendes Kapital verwandelt werden und von Lohnarbeitern ausreichend Mehrwert geschaffen und als Profit realisiert wird, aus dem diese Einkommensansprüche tatsächlich befriedigt werden können. Ist das nicht der Fall oder finden sich keine neuen Käufer (weil Kaufkraft und/oder Vertrauen fehlt), verlieren die jeweiligen Inhaber dieser Papiere ganz oder teilweise ihr Vermögen, und es setzt ein Prozess der Entwertung und Entschuldung ein. Dieser Verlust ist kein Verlust an wirklichem, sondern wiederum nur an fikтивem Kapital. In einer Krise «verdampfen» diese Ansprüche teilweise, ohne dass die Gesellschaft dadurch zunächst wirklich ärmer wird. So «verloren» die privaten Haushalte Deutschlands in der Krise zwischen 2007 und 2009 etwa 300 Milliarden Euro ihres Geldvermögens in Form von Wertpapieranlagen. Substanziell und stofflich ärmer geworden sind sie dadurch nicht, denn es handelte sich um Ansprüche oder Versprechen, die sie, wenn überhaupt, erst in der Zukunft hätten geltend machen können und von denen sie Schwankungen und Verluste erwarten mussten. Das Geld, mit dem die Papiere gekauft worden waren, ist freilich nicht verschwunden, sondern hat lediglich seinen Besitzer gewechselt und steckt vielleicht in der Produktionssphäre als fungierendes Kapital fest.

Aufgrund von Zahlungsverprechen auf die Zukunft funktioniert in noch viel höherem Maße die Kreditschöpfung durch die Banken, die weit über ihre Funktion als Kapitalsammelstellen hinaus in der Lage sind, Kredite zu vergeben und Kreditgeld zu schöpfen (*leveraging*). Die von den Gläubigern eingegangenen Zins- und Tilgungsverpflichtungen wirken im Zusammenhang mit den Realinvestitionen als Antriebskräfte und Bedingung der Kapitalverwertung und des Wachstums, sofern sie nicht zu hoch sind und dadurch die Kreditaufnahme von vornherein behindern. Auch diesem Vorgang liegen spekulative Momente insofern zugrunde, als es unsicher ist, inwieweit eine konkrete kreditfinanzierte Investition sich ausreichend verwertet. Regelmäßig bewirken Überakkumulation und Überproduktion, dass dies nicht der Fall ist. Einzelne Kredite erweisen sich dann notwendigerweise als «faul» und die Kreditketten beginnen zu brechen.

---

<sup>34</sup> In der marxistischen Wirtschaftstheorie war dafür der Begriff der Zentralisation des Kapitals geprägt worden. Ich benutze hier den heute geläufigeren Begriff der Konzentration.



Die Wahrscheinlichkeit eines Verlusts ist umso größer, je größer die in einer Preissumme ausgedrückte Masse des fiktiven und Geldkapitals, besser: die Summe aller darin enthaltenen Renditeversprechen im Verhältnis zum produktiven Kapital und dessen Verwertungsmöglichkeiten ist. Bei einer sehr weit aufgeblähten Finanzblase geht es allerdings nicht mehr um Wahrscheinlichkeiten, sondern darum, *wann* die Blase platzt und bei *wem* sich der Verlust niederschlägt. Die meisten Beteiligten wissen das, hoffen aber, clever oder glücklich genug zu sein, um rechtzeitig aussteigen zu können. Eine solche Finanzblase kann auch schon dann platzen, wenn die Unsicherheit darüber, ob das Versprechen auf künftiges Einkommen aus solchen Papieren eingehalten werden kann, größer wird, deshalb ein Kursverfall einsetzt und eine sich selbst verstärkende und schließlich panische Verkaufswelle dieser Wertpapiere ins Rollen kommt. Das hat übrigens nichts mit *animal spirits* oder einem anthropologisch begründeten Herdentrieb der Marktakteure zu tun (wie Keynes und einige seiner Schüler behaupten), sondern ist unter dem Profitgesichtspunkt angesichts drohender Verluste ein individuell rationales – keineswegs animalisches – Verhalten, denn den Letzten beißen die Hunde; er bleibt als Gläubiger auf seinen nun wertlosen Ansprüchen sitzen.<sup>35</sup> Da jedoch sowohl Verkäufer wie Inhaber dieser Papiere, Privatpersonen, Banken, Fonds, Versicherungen und so weiter auf vielfältige Weise mit dem Kapitalkreislauf verbunden sind, wird sich das Platzen einer solchen Blase auch in diesem Kreislauf niederschlagen und ihn zum Stottern oder zeitweiligen Stillstand bringen. Dem Kredit- und fiktiven Kapital wird hier deshalb so viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil ihnen eine besondere Bedeutung für die krisenschwangere Gegenwart zukommt. Das in den Vermögensbilanzen ausgewiesene akkumulierte Kapital ist zu einem Teil nicht wirkliches oder Geldkapital, sondern fiktives Kapital, das «substanzlos» ist und «lediglich» Einkommens*ansprüche* repräsentiert. Dieser Teil<sup>36</sup> wuchs aber besonders schnell<sup>37</sup> und das gilt auch im Verhältnis zum Wachstum der auf den Weltfinanzmärkten zirkulierenden Finanzpapiere insgesamt. Der zu einer Blase führende Circulus vitiosus – steigende Wertpapierkurse, steigende Renditeerwartungen, steigende Wertpapiernachfrage, steigende Kurse – muss mit Notwendigkeit zusammenbrechen. Obwohl die Bewegung des fiktiven Kapitals schon immer eine große Bedeutung für den Konjunkturzyklus hatte,<sup>38</sup> ist diese in der gegenwärtigen Krise durch sein gewaltiges quantitatives Wachstum noch mal gesteigert worden. Es hat sich eine spezifische Art der Unterordnung des fungierenden Kapitals unter den Druck aus Richtung der Finanzmärkte und der Macht scheinbar anonymer Finanzmarktakteure ergeben, die auch als Finanzialisierung der Akkumulation des Kapitals bezeichnet wird. Die Kapitalakkumulation gerät freilich auch dann, und dies regelmäßig, in eine Krise, wenn wirklich fungierendes Kapital überakkumuliert wird (was nur mittels Kreditfinanzierung möglich ist), die daraus entspringende Produktion wegen der ausbeutungsbedingt schwächer wachsenden Nachfrage nicht mehr profitabel realisiert werden kann und sich als Überproduktion erweist. Eine Überakkumulationskrise beginnt deshalb mit dem Platzen der Kreditblase. Die Produktion von Mehrwert stockt oder dessen Rückverwandlung in zusätzliches konstantes und variables Kapital, Produktionsmittel und Arbeitskräfte, erfolgt nicht mehr reibungslos. Dies tritt unter anderem darin zutage, dass der Profit beziehungsweise seine Zerfallsprodukte kleiner werden, sich der Investitionsprozess verlangsamt und die Beschäftigung von Lohnarbeitern sowie die Produktion sinken. In der jetzt eintretenden Krise werden überakkumuliertes Kapital und Warenkapital so lange vernichtet und entwertet, bis die Kapazitätsauslastung nicht weiter sinkt und der Investitionsprozess sich wieder stabilisiert.

---

<sup>35</sup> Vgl. dazu Leibiger, Jürgen: *Animal Spirits des Homo Oeconomicus*, in: Berliner Debatte Initial 1/2010, S. 128–134.

<sup>36</sup> In der Vermögensbilanz ist er Bestandteil des Geldvermögens, das zusammen mit dem Sachvermögen das (Brutto-)Gesamtvermögen ausmacht.

<sup>37</sup> Der Anteil des Wertpapiervermögens – das nicht nur fiktives Kapital umfasst – an allen Vermögensaktiva wuchs zwischen 1991 bis zum Krisenbeginn 2007 in Deutschland bei den nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften von 18 auf 27 Prozent, bei den finanziellen Kapitalgesellschaften von 24 auf 37 und bei den privaten Haushalten von 10 auf 14 Prozent. Inzwischen hat sich dieser Anteil wieder etwas verringert. Berechnet nach: Deutsche Bundesbank/destatis: Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1991–2012.

<sup>38</sup> Trotz ihrer besonderen Qualität ist die gegenwärtige finanzielle Instabilität im Gefolge einer «Finanzialisierung» historisch keineswegs völlig neu. Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff (dies.: *Dieses Mal ist alles anders*, München 2010) und Charles P. Kindleberger (ders.: *Manien, Paniken, Crashes*, Kulmbach 2001) haben dazu umfangreiche literarische und empirische Belege aus mehreren Jahrhunderten analysiert. Kindleberger operiert mit der von Hyman Minsky entwickelten Hypothese der «finanziellen Instabilität» sowie dessen «Ökonomie der Katastrophe» (Minsky, Hyman: *Instabilität und Kapitalismus*, Zürich 2011). Obwohl Minsky Marx erwähnt, geht er auf dessen Überlegungen zum fiktiven Kapital und dessen Rolle für und in kapitalistischen Krisen nicht näher ein. Schon 1850 – lange vor den umfangreichen Analysen im Band 3 des «Kapital» – beschrieben dieser und Engels diese Rolle: «Wie immer, entwickelte die Prosperität sehr rasch die Spekulation. Die Spekulation tritt regelmäßig ein in den Perioden, wo die Überproduktion schon in vollem Gange ist. Sie liefert der Überproduktion ihre momentanen Abzugskanäle, während sie eben dadurch das Hereinbrechen der Krise beschleunigt und ihre Wucht vermehrt. Die Krise selbst bricht zuerst aus auf dem Gebiet der Spekulation und bemächtigt sich erst später der Produktion. Nicht die Überproduktion, sondern die Überspekulation, die selbst nur ein Symptom der Überproduktion ist, erscheint daher der oberflächlichen Betrachtung als Ursache der Krise. Die spätere Zerrüttung der Produktion erscheint nicht als notwendiges Resultat ihrer eignen vorhergegangenen Exuberanz [Übersteigerung – J. L.], sondern als bloßer Rückschlag der zusammenbrechenden Spekulation.» (Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Revue*, in: MEW 7, S. 421)

### 3 DIE ARITHMETIK VON WACHSTUM, STAGNATION UND ZUSAMMENBRUCH

In modernen Transformationstheorien, geschult an den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, werden die mehr oder weniger tief greifenden Veränderungen von Gesellschaftssystemen beziehungsweise ihre auf diese oder jene Weise erfolgende Überwindung zwar als Resultat komplexer, alle gesellschaftliche Sphären berührender Vorgänge beschrieben. Aber immer geht solchen Transformationen eine Zuspitzung sozialer und politischer Widersprüche voraus – seien sie nun Folge von ökonomischen Krisen, von Kriegen oder seien sie Resultat des Opponierens gegen eine besonders korrupte und ausbeuterische Oberschicht –, die zu Wahlerfolgen alternativer Kräfte, zu Putsch und Revolution führen. Immer spielen also sozialökonomische Verhältnisse und damit auch Formen und Widersprüche der Akkumulation des Kapitals als Hauptform des Reichtums im Kapitalismus eine zentrale Rolle. In jenen historischen Perioden ist die Verwandlung von Mehrwert in zusätzliches Kapital – Kapitalakkumulation – aus unterschiedlichen Ursachen unzureichend oder gar massiv gestört, und die von den hegemonialen Kräften eingesetzten Gegenmittel führen zu einer unerträglichen, von den Bevölkerungsmehrheiten nicht mehr akzeptierten Verschlechterung ihrer Lage und zur Zuspitzung sozialer und politischer Widersprüche. Das muss zwar noch lange nicht zu politischen Veränderungen führen, aber unter bestimmten Bedingungen kann das der Fall sein, wobei die Richtung eines solchen politischen Wandels offen ist und sich aus den politischen Kräfteverhältnissen ergibt.

Große Krisen, wie zum Beispiel die von 1929/33, werden gelegentlich auch als Zusammenbrüche der Akkumulation bezeichnet, obwohl in ihnen das wirtschaftliche Leben natürlich nicht komplett zum Erliegen kommt. Ihre Überwindung erfolgte mittels der Etablierung – teilweise bewusst politisch gesteuert, teilweise über ein chaotisches *trial and error* – eines neuen Akkumulationsregimes mit nach wie vor kapitalistischen Grundregeln. Die Verwendung des Begriffs «Zusammenbruch» in diesem Zusammenhang kann deshalb missverstanden werden. Ein Systemzusammenbruch wäre eine so stark verminderte Reproduktion und Zuspitzung der Krise sowie der sozialpolitischen Lage, dass die Gesellschaft ohne einen systemischen Bruch, ohne eine politisch vollzogene Veränderung des gesellschaftlichen Systems also, nicht mehr aus dieser Krise herauskommt. Insofern hat es noch keine Zusammenbrüche gegeben. Die kriegsbedingten «Zusammenbrüche» im 20. Jahrhundert führten zwar in einigen Ländern zu einer radikalen Systemtransformation. Aber auch die beiden Weltkriege und ihre Folgen zeigen, dass dies nicht *notwendig* oder *gesetzmäßig* war, denn in der Mehrzahl der Länder waren zwar gewisse politische Brüche und national stark differenzierte Veränderungen des Akkumulationsregimes zu verzeichnen, aber die kapitalistischen Grundzüge der Akkumulation blieben erhalten, und das System stabilisierte sich wieder.

Wie sind hier das Phänomen und der Begriff der Stagnation einzuordnen? In der Regel bezieht er sich auf das wirtschaftliche Wachstum, das heißt die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitverlauf (jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts) oder auf das Wachstum im Verhältnis zu den Wachstumsmöglichkeiten (tatsächliche im Verhältnis zur potenziellen Wachstumsrate). Wirtschaftliche Stagnation wird häufig als Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung oder als Vorbote einer solchen Krise betrachtet, wobei übersehen wird, dass es im Verlauf des Konjunkturzyklus gerade die «Überhitzung», die äußerste Auslastung der Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft (also das genaue Gegenteil einer Stagnation) ist, die zu einer Krise führt.

Als in den 1950/1960er Jahren das Wirtschaftswachstum boomte und die Wachstumsraten im Vergleich zu früher hoch und ziemlich stabil waren, hatten die Wachstumstheorien Hochkonjunktur. Die langfristige Entwicklung wurde anhand «stilisierter Fakten» (Nicholas Kaldor), scheinbarer Konstanten des Wachstumsprozesses, beschrieben. Ein stetiges Wachstum mit einer wenig schwankenden jährlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts galt als Normalität. Es war diese Erfahrung eines «Lebens im Trend»<sup>39</sup>, die dazu führte, dass die niedrigeren Wachstumsraten seit den 1970er Jahren als säkulare Stagnation wahrgenommen und interpretiert wurden.

Diese Wahrnehmung ist jedoch ungenau und bei ihrer Interpretation ist Folgendes zu bedenken: *Erstens* wird von einer ex post ermittelten durchschnittlichen Wachstumsrate ausgegangen, die als langfristiger Trend interpretiert wird. Stillschweigend wird unterstellt, das Wachstum folge diesem Trend mit einer relativ konstanten Wachstumsrate, habe also normalerweise – wie bei der biologischen Vermehrung – einen exponentiellen Verlauf. Aus seiner Auswertung der niedrigeren Wachstumsraten wichtiger makroökonomischer Größen glaubt zum Beispiel Robert Brenner – wie eine Vielzahl weiterer Ökonomen – auf Stagnation und eine schwindende Dynamik des Kapitalismus schließen zu müssen.<sup>40</sup> Eine nicht

---

<sup>39</sup> Bombach, Gottfried: Wirtschaftswachstum und Stabilität, in: ders. u. a.: Wachstum und Konjunktur, Darmstadt-Opladen 1960, S. 10.

<sup>40</sup> Brenner, Robert: What is Good for Goldmann Sachs is Good for America. The Origins of the Present Crisis, Center for Social Theory and Comparative History. Paper 11/2009, S. 7.

stagnierende Wirtschaft wäre demnach durch konstante Wachstumsraten, also exponentielles Wachstum gekennzeichnet. Norbert Reuter stellt zur Untermauerung seiner Stagnationshypothese den exponentiellen Wachstumspfad mit einer Wachstumsrate von vier Prozent seit 1960 – dem angeblich potenziellen Wachstum – der in der Realität Deutschlands eher linearen Aufwärtsbewegung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber. Das zunehmende Zurückbleiben der linearen Kurve hinter der hypothetischen Exponentialkurve des vermeintlichen Potenzialwachstums bezeichnet er als «relative Stagnation». <sup>41</sup> Obwohl Reuter an anderer Stelle deutlich macht, dass er exponentielles Wachstum keineswegs für den «natürlichen» Gang der Dinge hält, <sup>42</sup> wird mit einer solchen Stagnationsdefinition suggeriert, eine Wirtschaft, die nicht stagniere, wachse exponentiell mit einer irgendwie prädestinierten konstanten Wachstumsrate des potenziellen Bruttoinlandsprodukts. Aber wovon sollte dieses exponentielle Potenzialwachstum vorherbestimmt sein? Was ist, wenn potenzielle und tatsächliche Produktion zugleich sinken? Das wäre nach dieser Definition keine relative Stagnation, obwohl es sich um verminderte Reproduktion handelt.

Eine ex post berechnete Durchschnittswachstumsrate ist ein statistisches Konstrukt. Ein und dieselbe durchschnittliche Wachstumsrate kann sich aus sehr unterschiedlichen Wachstumsverläufen und Zahlenreihen ergeben. Entscheidend ist die ökonomische Erklärung dieser Verläufe und damit des Durchschnitts als deren *Resultat*, und nicht die Ableitung und Extrapolation des Verlaufs aus einem solchen Durchschnitt. Dies gilt auch dann, wenn zur Ermittlung des Potenzialwachstums von einer Produktionsfunktion mit irgendwie exogen bestimmten durchschnittlichen Wachstumsraten von Arbeitsvermögen, Bruttoanlagevermögen und technischem Niveau (ausgedrückt durch eine «Totale Faktorproduktivität») ausgegangen würde. <sup>43</sup> Auch die Erklärung mittels Wachstumsraten (also zum Beispiel  $W_Y = W_{ET} + W_{AZ} + W_{AP}$ , das heißt die Erklärung aus der Wachstumsrate der Erwerbstätigen ET, ihrer Arbeitszeit AZ und der Stundenproduktivität AP) beruht lediglich auf der tautologischen Umformung der Definitionsgleichung  $AP = Y/(ET \cdot AZ)$ . Es ist nicht uninteressant, diese Komponenten des Wachstums zu quantifizieren, aber dies *erklärt* nicht das Wachstum. Eine Erklärung lieferte erst die Analyse der Produktions- und Investitionsentscheidungen sowie der Anlageentscheidungen der fungierenden und anderen Kapitalisten (um erst mal bei diesem undifferenzierten Begriff zu bleiben) unter historisch konkret gegebenen Akkumulations- und Konkurrenzbedingungen: Warum wird so und so viel in neues Kapital investiert, wie viel Arbeitskräfte werden benötigt, welche Produktivität wird mit den neuen Anlagen und qualifizierten Arbeitskräften erreicht und wie entwickeln sich die Nachfrage und damit die Produktionshöhe, die Kapazitätsauslastung und die Kapitalverwertung? Aus dieser Perspektive erweist sich die Dynamik sowohl der tatsächlichen wie der potenziellen Produktion im Kapitalismus von vornherein als diskontinuierlich, weil Krisen ihr immanent sind. Überakkumulation, Überproduktion und Krisen sind nicht Abweichungen von einem irgendwie exogen bestimmten Trend, sondern konstituieren den erst ex post berechneten Durchschnitt.

*Zweitens* kommt es sehr darauf an, welche Zeitperioden verglichen werden. Die Wachstumsraten seit den 1970er Jahren waren in der Tat niedriger als in den zwei, drei Nachkriegsdezennien, in denen eine Reihe von Sonderfaktoren wirkten. Sie waren aber im Vergleich zum gesamten Jahrhundert nicht niedriger, sondern eher höher. Wird die Analyse von Angus Maddison zugrunde gelegt, so wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt der westlichen Industrieländer im Zeitraum 1820–1870 im Jahresdurchschnitt um 1,93 Prozent (pro Kopf: 1,06), 1870–1913 um 2,66 (1,57), 1913–1950 um 1,96 (1,17), 1950–1973 um 4,81 (3,72) und 1973–2001 um 2,61 (1,95). In den 75 Jahren zwischen 1871 und 1946 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt dieser Ländergruppe «nur» verdreifacht, in den darauffolgenden sechs Jahrzehnten nach dem Krieg bis heute jedoch versechsfacht, es ist faktisch explodiert. <sup>44</sup> Die Trendlinie des Wachstums im Zeitraum 1870–2012 weist ab etwa 1950 sogar einen steileren Anstieg als früher auf (vgl. Abb. 1). Es ist irreführend, bei einem solchen Wachstumsverlauf von Stagnation zu sprechen. Die Beobachtung von langfristigen, überzyklischen Schwankungen der Wachstumsrate liegt bekanntlich auch der Theorie der langen Wellen zugrunde. <sup>45</sup> Die Interpretation des langfristigen Wachstumsverlaufs als Welle (die in der hier

---

<sup>41</sup> Reuter, Norbert: Stagnation im Trend, in: Wissenschaft & Umwelt 13/2009, S. 179.

<sup>42</sup> Reuter: Ökonomik der langen Frist, S. 449.

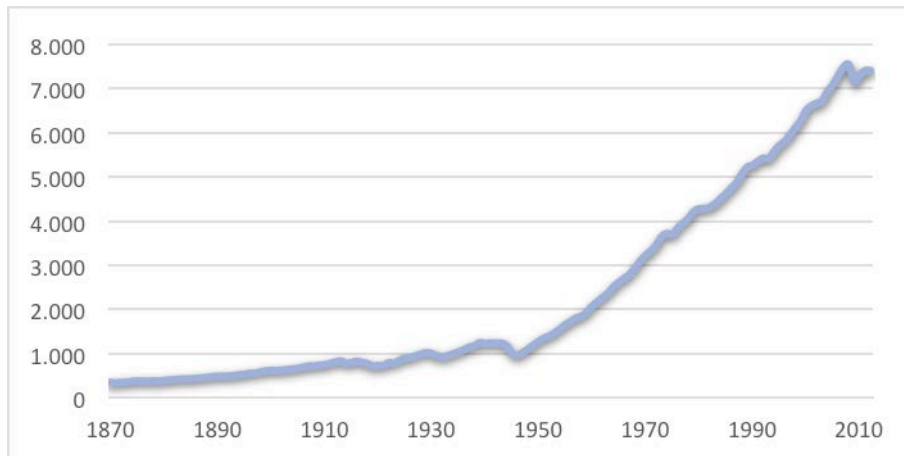
<sup>43</sup> Das üblicherweise zur Bestimmung des Produktionspotenzials angewandte Verfahren arbeitet mit einer neoklassischen Produktionsfunktion, was man kritisieren muss. Es ist aber insofern realistischer als die Unterstellung eines exponentiellen Potenzialwachstums als «Zielvorgabe», als es von der konkreten Höhe des Kapitalstocks, des vorhandenen Arbeitsvermögens und der Produktivität in den jeweiligen Jahren ausgeht. Deshalb wird bei steigender Kapazitätsauslastung und einer positiven Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts völlig zu Recht ein Konjunkturaufschwung diagnostiziert, auch wenn die Wachstumsrate vielleicht niedriger als im Aufschwung früherer Zyklen ist und manche Wissenschaftler deshalb von einer «säkularen Stagnation» sprechen.

<sup>44</sup> Maddison, Angus: Growth and Interaction in the World Economy. The Roots of Modernity, Washington D.C. 2004, S. 10.

<sup>45</sup> Die Wellenoptik zeigt sich erst bei der Berechnung von Wachstumsraten und der Verwendung bestimmter statistischer Filter, wobei sich dieses statistische Phänomen auch daraus erklären lässt, dass es von Zeit zu Zeit besonders schwere Krisen mit nachfolgenden langen Depressionsphasen gegeben hat.

verwendeten Darstellung von absoluten Werten nicht sichtbar wird) zeigt ebenfalls, dass sinkende Wachstumsraten nicht zwingend als dauerhafte säkulare Stagnation gedeutet werden müssen.

**Abbildung 1: Das Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. 1990-Geary-Khamis Dollar) westeuropäischer Länder\* 1870–2012**



\* Summe aus Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich. Diese Ländergruppe ist die größte Länder-Gesamtheit, für die Maddison eine so weit zurückreichende, geschlossene Zeitreihe ermittelt.

Quelle: Maddison, Angus: Historical Statistics for the World; www.ggdc.de 2012; eigene Ergänzung für die Jahre 2009–2012; eigene Darstellung

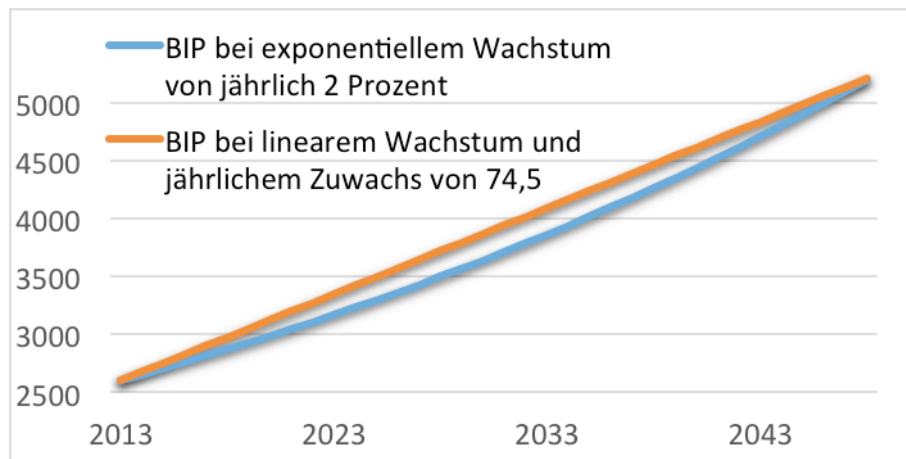
Sollen die gegenwärtigen Wachstums- und Akkumulationstendenzen charakterisiert werden, ist es somit nicht sinnvoll, die Sonderperiode 1945–1973 als Vergleichsmaßstab heranzuziehen, eine Periode, die deshalb so außerordentlich war, weil es im Krieg eine gigantische Entwertung und Zerstörung sowie brachliegende Kapazitäten und danach den Wiederaufbau und eine massenhafte Rückkehr von Arbeitskräften in den Produktionsprozess infolge der Demobilisierung gegeben hat. Mit der wachsenden Rolle des Finanzsektors, der Globalisierung und der wirtschaftsstrategischen Neuausrichtung um 1980 herum hat sich eine neue Grundkonstellation der Akkumulation herausgebildet, nach deren Schicksal gefragt werden muss. Diese Grundkonstellation hat das kapitalistische System 30 bis 40 Jahre lang stabil geprägt, ohne dass es systemische Brüche gegeben hätte. Erst jetzt ist sie in der Weltwirtschaftskrise seit 2007 erschüttert worden. Es gilt also nicht so sehr, danach zu fragen, was gegenüber jener Nachkriegsperiode anders ist, sondern was sich gegenwärtig im Rahmen der existierenden Regulationsregimes verändert.

*Drittens* ist für die Absenkung der Wachstumsraten der statistische Basiseffekt mitverantwortlich. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts  $Y$  ist immer das Resultat einer Rechenoperation: Der absolute Zuwachs eines Jahres  $\Delta Y_t = Y_t - Y_{t-1}$  wird durch den Ausgangswert  $Y_{t-1}$  dividiert. Ist der absolute Zuwachs ungefähr konstant, so wie das seit 50, 60 Jahren der Fall ist (vgl. Abb. 1), so ergibt sich rechnerisch eine immer kleinere Wachstumsrate, weil der konstante Zuwachs  $\Delta Y$  durch eine immer größere Basis  $Y$  dividiert wird. Der Leser möge die Kurve der Abbildung 1 betrachten. Ist ab irgendeinem Zeitpunkt – abgesehen vom absoluten Rückgang in den Krisen – eine Stagnation, also ein Abknicken der Kurve in Richtung einer Waagerechten erkennbar? Die Kurve hat einen durchweg linearen Verlauf und so ist es nicht verwunderlich, dass die durchschnittlichen Wachstumsraten schon in den 1950er Jahren zu sinken begonnen hatten, ohne dass dies je als Stagnation interpretiert worden wäre. Wäre die Behauptung nicht seltsam, die Produktion eines bislang mit einer Maschine produzierenden Unternehmens, das eine zusätzliche Maschine kauft und seine Produktion somit um 100 Prozent erhöht, würde stagnieren, wenn es Jahr für Jahr eine weitere Maschine anschafft und deshalb im zehnten Jahr nur noch um 11 Prozent wächst?

Wie die Entwicklung der Wachstumsraten zwischen 1870 und 1940 zeigt, kann der Basiseffekt von anderen Einflüssen überdeckt werden. Trotzdem muss die ökonomische Fragestellung primär darauf gerichtet sein, den absoluten Zuwachs und seine Schwankung zu erklären, denn die Wachstumsrate ist eine statistisch daraus abgeleitete Größe. Auf dem gegenwärtig erreichten, hohen Niveau der Produktion ist es ohne erneute große Entwertung und Zerstörung von Kapital schon mathematisch nicht zu erwarten, dass die Wachstumsraten über längere Zeit je wieder Werte wie in den letzten Jahrzehnten erreichen könnten. Dies kann jedoch aus den genannten Gründen nicht von vornherein als Ausdruck einer säkularen Stagnation des Kapitalismus gewertet werden, zumal der absolute Zuwachs – außer in den Krisen – sein Niveau im Großen

und Ganzen beibehalten hat. In Abbildung 2 wurde eine Verdopplung des deutschen Bruttoinlandsprodukts von etwa 2.600 auf 5.200 Milliarden Euro bis 2048 modelliert.

Abbildung 2: Verschiedene Wachstumspfade zur Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts (Mrd. Euro)



Quelle: eigene Darstellung

Im Falle des linearen Wachstumspfades werden die Wachstumsraten Jahr für Jahr kleiner, im Falle der exponentiellen Kurve liegt diese Rate konstant bei 2 Prozent. Der lineare Trend endet in einer Stagnation, würde diese wie üblich mit sinkenden Wachstumsraten gleichgesetzt, weil die Wachstumsrate nach anfänglichen 2,87 Prozent nur noch 1,45 Prozent – fast einer Halbierung des «Tempos» – beträgt. Beim exponentiellen Wachstumspfad mit konstant 2 Prozent würde nach allgemeiner Lesart niemand von Stagnation sprechen. Trotzdem enden beide Pfade im Jahr 2048 auf demselben Niveau mit einer Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts.

Dieses Beispiel legt nahe, die von den Wachstumstheoretikern entwickelte Äquibristik der Wachstumsraten auf den Prüfstand zu stellen und eine erweiterte Reproduktion mit einem linearen Trend nicht als Stagnation zu interpretieren. Ganz davon abgesehen gibt es gute Gründe, konstante Wachstumsraten, also exponentielles Wachstum als Ausdruck einer Fehlentwicklung zu betrachten, die in einer Katastrophe enden müsste, wenn eine solche Entwicklung denn überhaupt möglich wäre. Die Vertreter einer Post-Wachstums-Ökonomie fordern eine Abkehr vom Wachstum; eine Stagnation wäre aus dieser Sicht nicht Ausdruck einer Krise.

*Viertens.* Ein weiteres verbreitetes Missverständnis ist das Durcheinanderwerfen von zyklischen und überzyklischen Bewegungen. Manche Analysten der aktuellen Wirtschaftsentwicklung interpretieren die Abschwächung des Wachstums nach dem Aufschwung von 2010/2011 als Ausdruck der nicht überwundenen Krise oder als den Beginn einer langen Depression. So stellt zum Beispiel Conrad Schuhler die tatsächliche Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts der USA, des Euroraums und Großbritanniens seit Beginn der Krise 2007, 2008 dem seit 2001–2007 linear extrapolierten Trend gegenüber, um festzustellen, das Wachstum bis 2013 bleibe unter dem Vorkrisenniveau.<sup>46</sup> Das ist natürlich richtig, trifft aber für fast alle Zyklen im Nachkriegszeitraum, die bekanntlich eine M-Form hatten (*double-dip*), zu. Alle Aufschwünge waren dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nach etwa zwei, drei Jahren verlangsamten, um dann in einen Boom überzugehen, der die nächste zyklische Krise unmittelbar vorbereitete. Manche linke Wissenschaftler sprechen in Permanenz von einer Krise, weil die nächste Krise mit Gewissheit kommen wird. In gewisser Weise haben sie damit natürlich immer recht. Es kann jedoch zu schwerwiegenden ökonomischen, sozialpsychologischen und politischen Fehleinschätzungen kommen, wenn ignoriert wird, dass zwischen zwei Krisen immer ein Aufschwung liegt und die Krise einen solchen Aufschwung mit steigender Beschäftigung, steigenden Löhnen und steigenden Profiten, also die Herausbildung einer Überakkumulation, geradezu voraussetzt.

## 4 KAPITALWACHSTUM

Ausreichende Nachfrage – die eine Zeit lang kreditfinanziert sein kann – vorausgesetzt, erfordert wirtschaftliches Wachstum eine höhere Beschäftigung und/oder steigende Arbeitsproduktivität, die an

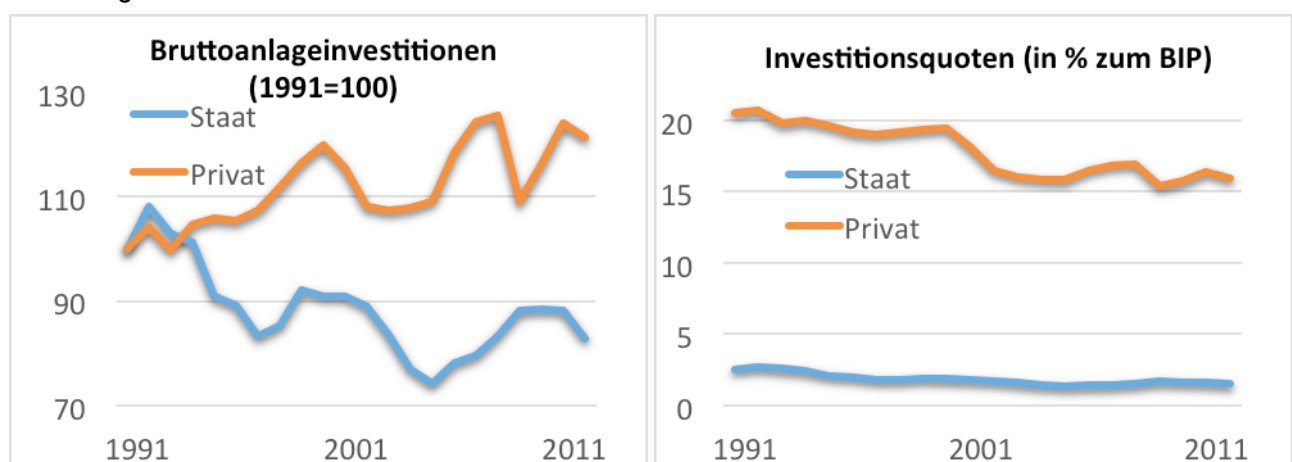
<sup>46</sup> Kapitalismus am Ende?, isw-Report 94, München 2013, S. 10 f.

einen wachsenden, qualitativ verbesserten Kapitalstock (Bruttoanlagevermögen) gebunden ist, sowie ein ausreichendes Geldkapital. Die produzierte Masse des Werts ist die Summe aus übertragenem Wert der Produktionsmittel (konstantem Kapital), dem Wert der beschäftigten Arbeitskräfte (variables Kapital) und des entsprechend der Mehrwertrate produzierten Mehrwerts. Es sind also zunächst die Akkumulation dieser Kapitalbestandteile sowie des Geldkapitals zu untersuchen. Die Entwicklung des Mehrwerts wird weiter unten behandelt.

In den Stagnationstheorien werden die Verlangsamung des Investitionswachstums und das Sinken der Investitionsquote sowie der Akkumulationsrate (Wachstumsrate des Kapitals) als wichtigste Indizien einer stagnierenden Kapitalakkumulation und schwindender Investitionsanreize beziehungsweise Investitionsmöglichkeiten betrachtet. Zweifellos hat die Dynamik des Fixkapitalwachstums eine zentrale Bedeutung für die gesamte Akkumulation. Beschränkte sich die Analyse jedoch auf diese Dynamik, blieben mehrere Aspekte unterbelichtet. Vom Standpunkt des Einzelkapitals aus ist es erstens gleichgültig, ob die Verwertung des Kapitals aus einer Investition in fungierendes Realkapital oder in Finanzanlagen entspringt. Um die Tendenzen der Akkumulation einschätzen zu können, sind also alle Kapitalformen zu untersuchen. Zweitens aber werden auch dabei – wie schon weiter oben gezeigt – sinkende Wachstumsraten fälschlicherweise mit einer Stagnation gleichgesetzt. Und schließlich werden drittens bestimmte Erscheinungen, die auf die heutigen kapitalistischen Zentren zutreffen, global verallgemeinert.

Die Bruttoanlageinvestitionen, über die sich die Reproduktion des Sachanlagevermögens, des fixen Kapitals, vollzieht, sind überzyklisch insgesamt absolut gewachsen, wobei dieses Wachstum ausschließlich von den privaten Investitionen getragen wurde (vgl. Abb. 3.1). Demgegenüber gingen die staatlichen Investitionen absolut stark zurück. Dieser Rückgang ist so bedrohlich, dass bei einigen Teilen der öffentlichen Infrastruktur nicht einmal die einfache Reproduktion gewährleistet ist. Der ungedeckte Bedarf, die Investitionslücke, hat sich nach jüngsten Berechnungen auch im internationalen Vergleich erheblich vergrößert.<sup>47</sup> Diese Lücke könnte perspektivisch auch die private Kapitalverwertung beeinträchtigen, sie könnte freilich aber auch zu einem neuen Anlagefeld privaten Kapitals werden. Die Ursachen dieses Rückgangs sind nicht allein Ausdruck einer neoliberalen Ideologie, wonach sich der Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten habe und auch Investitionen in die Infrastruktur am besten der Privatwirtschaft überlassen sollte. Sie ist vielmehr der Tatsache geschuldet, dass die Gestaltung der Einnahmen der öffentlichen Hand nicht Schritt mit den Erfordernissen aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht hielt. Die wirtschaftliche Strategie der Austerität hatte kostspielige soziale Auswirkungen vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit. Die volkswirtschaftlichen Kosten durch Einnahmeausfall und zusätzliche Sozialausgaben liegen in Deutschland bei 4 Millionen Arbeitslosen um die 80 Milliarden Euro. Weil die Steuerpolitik hier nicht Schritt hielt, wurden die öffentlichen Investitionen extrem zurückgefahren.

Abbildung 3: Investitionen in Deutschland



Quelle: destatis: Fachserie 18, Reihe 1.5, 2012, Tabellen 3.1, 3.2; eigene Darstellung

Bezüglich der privaten Investitionen, das heißt der Kapitalakkumulation, ist auffällig, dass die Investitionsquote seit mehreren Jahrzehnten rückläufig ist, eine Erscheinung, die für alle hochentwickelten Länder zutrifft, wobei der Rückgang in Deutschland besonders stark ausfällt. Dieser Rückgang ist nicht Ausdruck eines Erlahmens der Akkumulation, fehlender Anreize oder Folge einer sinkenden Durchschnittsprofitrate. Die Kapitaleinkommen sind, wie noch gezeigt wird, über den betrachteten Zeitraum

<sup>47</sup> Vgl. DIW: Investitionen für mehr Wachstum – eine Zukunftsaenda für Deutschland, DIW-Wochenbericht 26/2013.

nicht nur gestiegen. Auch ihr Anteil am Volkseinkommen stieg, während die Lohnquote im Gegenzug sank. Es kam jedoch zu einer Verschiebung der Akkumulationsstruktur. Da für das unternehmerische Handeln der Gewinn des Unternehmens insgesamt und nicht etwa die Deckung einer Güternachfrage zählt, ist es für das Einzelkapital letztlich egal, ob es diesen Gewinn mit Realinvestitionen oder mit Finanzanlagen erzielt. Letztere werden jedoch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Sparen der Unternehmen erfasst und schlagen sich im Geldvermögen nieder, das – wie weiter unten gezeigt wird – schneller als das Sachvermögen wuchs.

Der sinkenden Investitionsquote entsprach eine sinkende gesamtwirtschaftliche Sparquote.<sup>48</sup> In Deutschland hat sich die volkswirtschaftliche Sparquote seit 1970 bis heute von 20 auf rund 10 Prozent verringert. Dieser Rückgang geht weitgehend auf das Konto des sich zunehmend verschuldenden Staates (negatives Sparen) und der privaten Haushalte, während sich die Sparquote des gesamten Unternehmenssektors, darunter auch der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften, erhöhte. Hier zeigt sich übrigens, wie unzulässig vereinfachend es ist, allein den Finanzsektor für bestimmte diesbezügliche Fehlentwicklungen der Vergangenheit verantwortlich zu machen.

Das veränderte Anlageverhalten der Unternehmen der produktiven Sphäre ist daraus zu erklären, dass die Renditen aus Finanzanlagen im Vergleich zu denen im produktiven Bereich relativ kurzfristig sehr viel höher ausfallen können. Damit werden die Erwartungen der Shareholder und institutionellen Anleger, aber auch des Managements auf schnelle Gewinne und Boni besser befriedigt als bei Investitionen mit ihren langen und damit auch unsicheren Realisierungszeiten. Die Ursache dafür liegt zu einem guten Teil im wachsenden globalen Kapitalbedarf der Schwellenländer und der Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte auf der einen und einer überzyklischen Überakkumulation an produktivem Kapital in den hochentwickelten Ländern auf der anderen Seite. In diesen Ländern hat sich der Investitionsbedarf besonders bei Bauten stark zurückgebildet, nachdem sowohl der kriegsbedingte Rekonstruktionsbedarf gedeckt war als auch der im Zuge der Revolution des Verkehrswesens und von Wissenschaft, Technik und Bildung erforderliche Umbau der Industrie- und Infrastruktur bis in die 1970er Jahre eine gewisse Reife erlangt hatte. Zudem traten auf den internationalen Gütermärkten zunehmend die neuen Konkurrenten der globalen Peripherie mit preiswerten Angeboten auf. Aus diesen Tendenzen zu einer globalen Überproduktion resultierten zunehmende Schwierigkeiten, die Kapazitäten voll auszulasten, was sich insbesondere in einer stark wachsenden Arbeitslosigkeit und mehreren Wellen verstärkter Konzentration des Kapitals (ausführlicher dazu weiter unten) zeigte. Dies signalisierte eine überzyklische, das heißt in den zyklischen Krisen nicht vollständig beseitigte Überakkumulation und begünstigte eine Verschiebung der Kapitalanlagestruktur in Richtung Finanzanlagen.

Eine weitere Ursache sinkender Investitionsquoten ist die Ökonomisierung der Investitionen. Die Investitionsquote ist der Quotient aus Investitionen und Bruttoinlandsprodukt. Ihre Verringerung kann sowohl im Nenner wie im Zähler begründet liegen. Betrachtet man die Bruttoanlageinvestitionen im Zähler, so ist keine säkulare Verlangsamung zu erkennen. Seit Anfang der 1950er Jahre haben sie sich – mit Ausnahme der Krisen – linear erhöht. Das heißt, der Rückgang der Quote beruht darauf, dass der jährliche absolute Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt größer als bei den Investitionen war. In wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft hat sich das Verhältnis von Produktionsoutput zu Sachkapitalinput verbessert, das heißt, der Investitionsbedarf je Einheit Output-Zuwachs ging infolge kapitalsparenden technischen Fortschritts sowie steigender Skalenerträge in manchen Bereichen leicht zurück. Diese Entwicklung zeigt sich in einem im Vergleich zu früher stagnierenden, teilweise sogar sinkenden Kapitalkoeffizienten (Verhältnis von Bruttoanlagevermögen zu Bruttowertschöpfung) vor allem im verarbeitenden Gewerbe, in der Informations- und Kommunikationsbranche und in der Landwirtschaft. Gesamtwirtschaftlich wurde damit das Wachstum des Kapitalkoeffizienten abgebremst, was dämpfend auf die Investitionsquote wirkt.

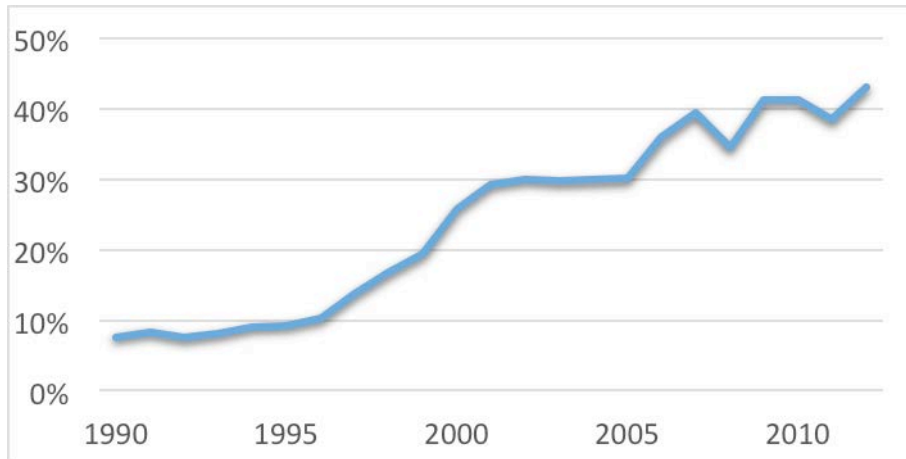
Schließlich erhöhten die Unternehmen ihre Investitionen im Ausland stärker als im Inland, sodass sich der deutsche Bestand im Ausland zwischen 1990 und 2012 von 8 auf 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhte (Abb. 4).

---

<sup>48</sup> Das ist nur scheinbar ein Widerspruch zu der in den vergangenen Jahren konstatierten Sparschwemme (*saving glut*). Sie ist mit einer international überreichlich vorhandenen Liquidität und niedrigen Zinsen verbunden, weil dieses Kapital der Überschussländer, zu denen vor allem China und Japan, aber auch Deutschland gehören, international nach Anlage suchte und diese in nicht geringem Maße in den Defizitländern wie den USA, aber auch innerhalb zum Beispiel der Eurozone und Südeuropa fand. In diesen Ländern kam es spiegelbildlich zu einer äußeren Verschuldung, was die internationale Labilität wachsen ließ.



Abbildung 4: Bestand an deutschen ausländischen Direktinvestitionen in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt

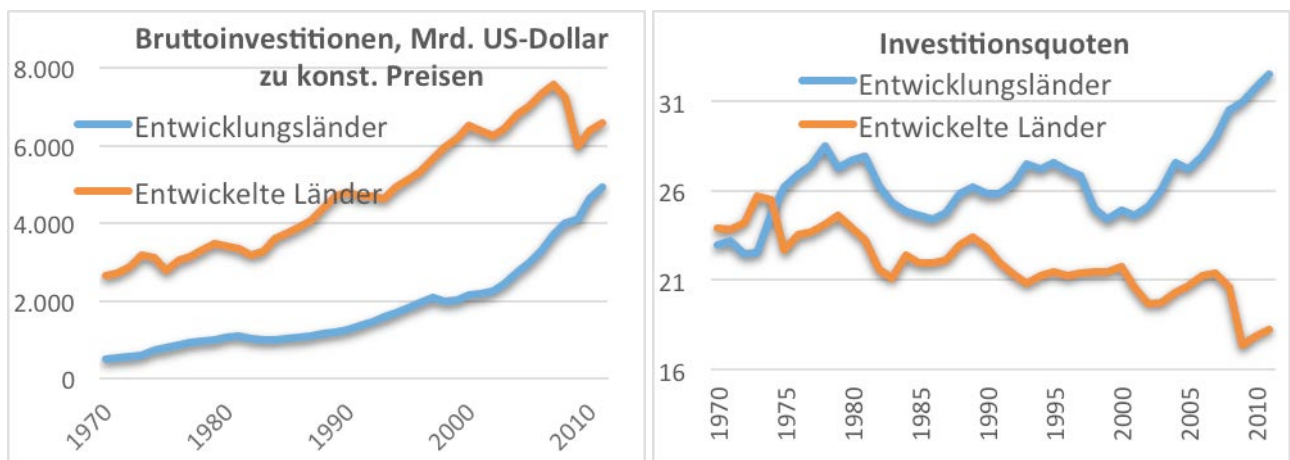


Quelle: [www.oecd.org/investment/statistics.htm](http://www.oecd.org/investment/statistics.htm), Table 9 (Stand: 3.8.2013); eigene Darstellung

In der bereits erwähnten Investitions-Studie des DIW wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Sparquote auch im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Das DIW schreibt dazu weiter: «Wie sich an den enormen Leistungsbilanzüberschüssen von bis zu sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ablesen lässt, floss das Ersparte jedoch zu großen Teilen ins Ausland, anstatt in Deutschland investiert zu werden.»<sup>49</sup> Während die deutschen Direktinvestitionen im Ausland in den vergangenen zehn Jahren bei durchschnittlich 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lagen, betrug dieser Wert bezüglich ausländischer Investitionen in Deutschland nur 1,4 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht nur in Deutschland, sondern in allen hochentwickelten Ländern zu verzeichnen. Ziel der privaten Direktinvestitionen, die sich seit 1995 etwa verfünffacht haben, sind inzwischen zu 50 Prozent die Schwellenländer, insbesondere Asiens und Ozeaniens.<sup>50</sup> Es ist einer der hervorstechendsten Züge der Globalisierung, dass die transnationalen Konzerne sich nicht nur über die hochentwickelten Länder ausbreiten, sondern weltweit nach Möglichkeiten der Verwertung suchen und ihre Investitionen deshalb zunehmend auch in die Länder der vormaligen Peripherie lenken. Das muss nicht an absolut verschlechterten Verwertungsbedingungen in ihren Stammländern liegen. Eine hohe Kapitalverwertung in diesen Ländern ist geradezu die Basis für steigenden Kapitalexport in solche Regionen, wo sich die Verwertungsbedingungen günstig entwickeln oder eine solche Entwicklung zu erwarten ist.

Wie in Deutschland sinken die Investitionsquoten auch im globalen Durchschnitt, ohne dass sich der Investitionszuwachs, abgesehen von den zyklischen Krisen, abgeschwächt hätte. Abbildung 5 zeigt jedoch, dass dieses Phänomen ausschließlich von den kapitalistischen Zentren hervorgerufen wird.

Abbildung 5: Die globalen Investitionen



Quelle: UNCTAD Statistics; eigene Darstellung

<sup>49</sup> DIW, Investitionen für mehr Wachstum, S. 6.

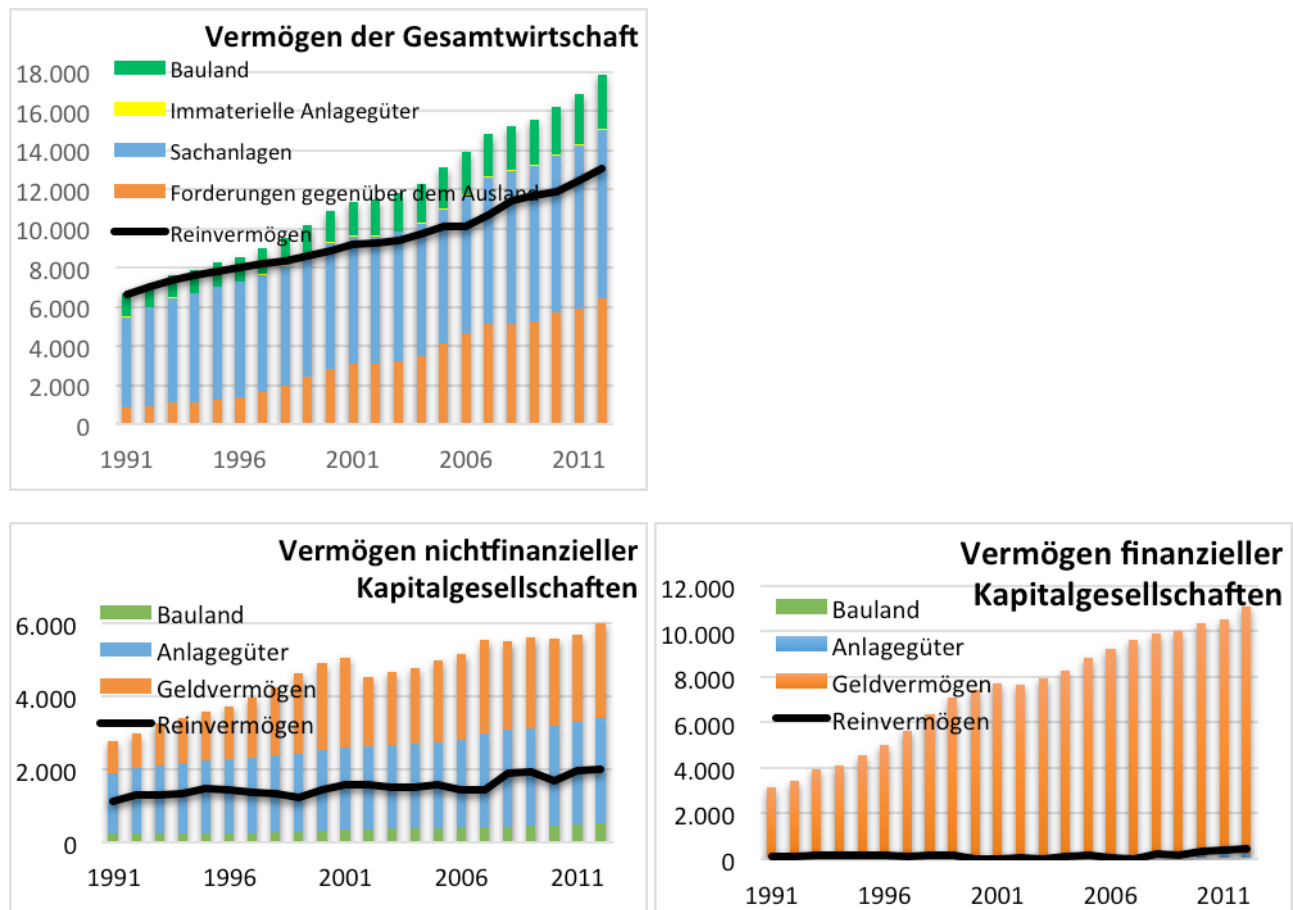
<sup>50</sup> Kapital sucht neue Wachstumsmärkte, iw-dienst Köln 16, 19.4.2012, S. 4.



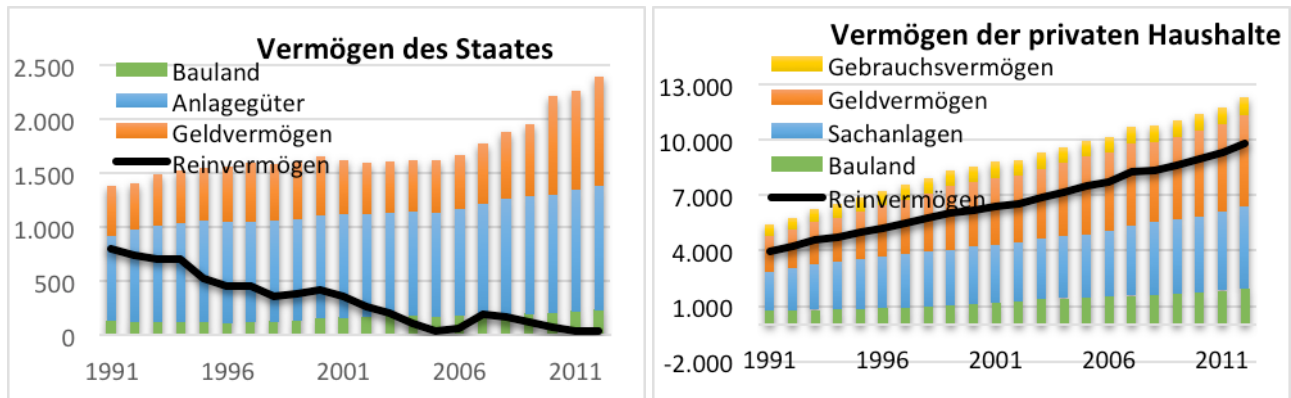
Im Durchschnitt aller anderen Länder wachsen die Investitionen, gemessen an ihren Wachstumsraten, deutlich schneller und die Investitionsquote steigt. Diese hohe Dynamik ist vor allem für Schwellenländer typisch. Historisch zeigt sich in allen Ländern in der Phase ihrer Industrialisierung eine ähnliche Dynamik. So wies Deutschland seit 1850, besonders aber nach den Kriegszerstörungen, immer eine Zeit lang steigende Investitionsquoten auf, wobei die öffentlichen Investitionen daran einen hohen Anteil hatten. Der Zuwachs der Investitionen erhöhte sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, und die Investitionsquote erreichte in den 1960er Jahren mit bis zu 28 Prozent ihren höchsten Wert.<sup>51</sup> Offensichtlich ist dieses Muster für Länder typisch, die sich in einem industriellen Aufbau- oder Aufholprozess befinden, weil das niedrige Ausgangsniveau statistisch zu hohen Wachstumsraten führt und die Schaffung der Grundlagen der Industrie sowie moderner Dienstleistungen und einer entsprechenden Infrastruktur forciert wird. Das zeigt sich insbesondere in einem hohen Anteil der Bauinvestitionen, der mit der weiteren Entwicklung zurückgeht, in Deutschland ab Ende der 1960er Jahre geradezu einbricht.

Investitionen führen zu einer quantitativen und qualitativen Veränderung des Fixkapitalbestands, dessen Entwicklung anhand der volkswirtschaftlichen Vermögensbilanz nachvollzogen werden kann. In dieser Bilanz kommt die Entwicklung der Sachanlagen der Veränderung des Fixkapitalbestands wohl am nächsten, auch wenn beide Größen nicht identisch sind. So bilden zum Beispiel die hier enthaltenen Wohnbauten nur in der Hand eines Vermieters Kapital. Aber auch wenn das in der Vermögensbilanz ausgewiesene Wachstum des Vermögens (vgl. Abb. 6) nicht mit dem Kapitalwachstum in einen Topf geworfen werden darf, vermittelt es doch einen Eindruck bestimmter Seiten der Kapitalakkumulation.

Abbildung 6: Entwicklung des Vermögens in Deutschland 1991–2012 (Mrd. Euro)



<sup>51</sup> Vgl. Hofmann, Walter G.: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 103 ff.



Quelle: Deutsche Bundesbank/Statistisches Bundesamt: Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1991–2012, Frankfurt a. M. 2012; eigene Darstellung

Vor allem das Vermögen der Kapitalgesellschaften (nicht-finanzielle und finanzielle), bestehend aus Sachvermögen (Anlagegüter und Immobilien) sowie Geldvermögen, fungiert als Kapital. Da diesen Aktiva auf der Passivseite der Vermögensbilanz Kredite und Anteilsrechte anderer Sektoren gegenüberstehen, ergibt sich das Rein- oder Nettovermögen aus der Differenz. Auch bei den Haushalten sind bestimmte Vermögensbestandteile Kapital, müssen dazu jedoch in den beiden erstgenannten Sektoren als solches fungieren. Gesamtwirtschaftlich muss die Summe aller Vermögensforderungen der Summe aller Verbindlichkeiten entsprechen, es sei denn, es handelt sich um Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Das heißt, das wachsende Finanzvermögen impliziert immer auch eine Zunahme von Forderungen und der Verschuldung. Wie die Abbildung 6.1 zeigt, haben die deutschen Inlandssektoren einen sich erhöhenden Forderungsüberschuss gegenüber dem Ausland, sind also in zunehmendem Umfang internationale Kreditgeber. Aus der Kurve der Sachanlagen ergibt sich eine durch Krisen zwar immer wieder zeitweilig verlangsamte, aber insgesamt lineare Aufwärtsbewegung. Dieser Trend gilt nicht nur für die hier dargestellten 20 Jahre, sondern für den gesamten Nachkriegszeitraum. Diese Bewegung wird vor allem vom wachsenden Sachkapital der Kapitalgesellschaften und damit von der Akkumulation des produktiven Kapitals gespeist.

Im dargestellten Zeitraum wuchs das Geldvermögen schneller als das Anlagevermögen.<sup>52</sup> Vor allem bei den nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften, bei denen das Geldvermögen zeitweilig sogar größer als das Sachvermögen war (eigentlich eher ein Merkmal von Finanzgesellschaften), ist dieser Umstand bemerkenswert (Abb. 6.2). Da andererseits diesem Geldvermögen die Verbindlichkeiten anderer Sektoren – im Falle Deutschlands auch des Auslands – entsprechen, ist diese Entwicklung auch ein Ausdruck der wachsenden finanziellen Interdependenz der Sektoren. Das mag die Folge zunehmend spekulativen Verhaltens der Unternehmen im produktiven und Finanzbereich unter den Bedingungen einer Liberalisierung der Finanzmärkte sein. Viel mehr jedoch ist diese Intensivierung der Finanzbeziehungen, der wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten, eine Folge der zunehmenden Vergesellschaftung des gesamten globalen Reproduktionsprozesses mit neuen Anforderungen auch an seine Finanzierung.

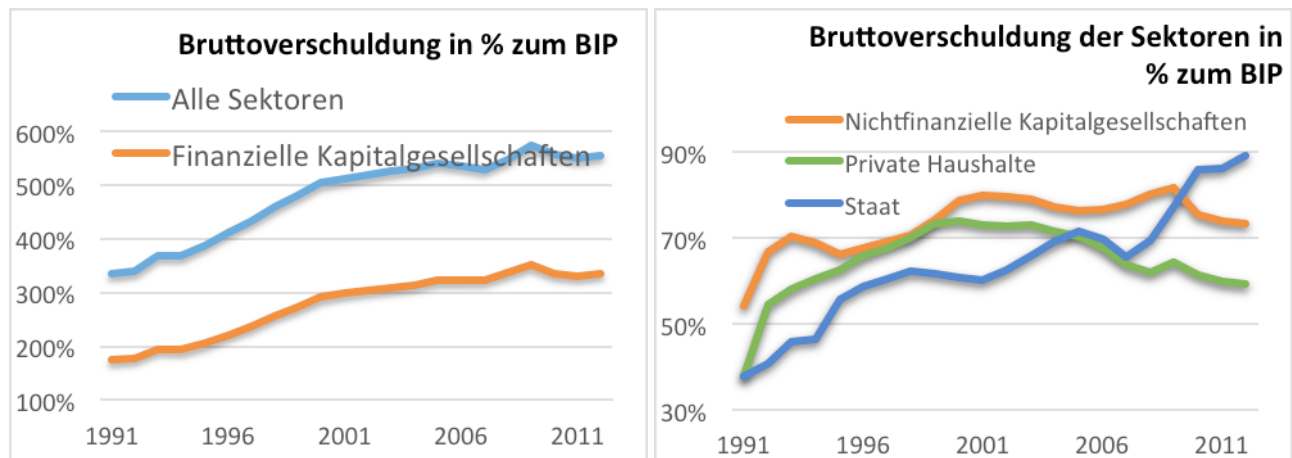
Am deutlichsten kommt die wachsende Bedeutung des Finanzvermögens in der Vermögensstruktur der finanziellen Kapitalgesellschaften zum Ausdruck, deren Bruttovermögen sich zwar verdreifachte, dem aber eine ebenfalls stark wachsende Verschuldung gegenüberstand, sodass das Reinvermögen deutlich weniger stark anwuchs. Spiegelbildlich entspricht dieser Entwicklung das gewachsene Reinvermögen der privaten Haushalte. Der einzige Sektor mit dramatisch sinkendem Reinvermögen ist in Deutschland der Staat, dessen infolge der gebremsten Investitionen nur langsam zunehmendem Bruttovermögen eine rascher wachsende Verschuldung gegenüberstand.

Die gegenwärtige Kapitalakkumulation ist somit eine schulden- oder finanzgetriebene Akkumulation, deren Ausmaß ohne historischen Vergleich ist. Das Verhältnis der Kreditmarktschulden zum BIP hat sich zum Beispiel in den USA bis zur Weltwirtschaftskrise 1929/1933 innerhalb weniger Jahre von 140 auf 260 Prozent dramatisch erhöht. Danach setzte ein Entschuldungsprozess ein, der etwa 15 Jahre dauerte. Die Relation der Kreditmarktschulden zum BIP war kontinuierlich gesunken und lag 1950 schließlich bei etwa 130 Prozent. Seitdem ist sie bis 1980 langsam wieder angestiegen, um dann bis zum Vorabend der

<sup>52</sup> Häufig wird die Finanzialisierung damit in Zusammenhang gebracht, dass das Geldvermögen rascher als das Bruttoinlandsprodukt wächst. Das ist aber kein neues Phänomen der letzten Dekaden, sondern seit den 1950er Jahren der Fall (vgl. Schularick, Moritz/Taylor, Alan: Credit Booms Gone Bust: Monetary Policy, Leverage Cycles and Financial Crises, 1870–2008, National Bureau of Economic Research, Working Paper 15512, 2009, S. 6.

Weltwirtschaftskrise 2007 zu explodieren und auf den historisch bisher einmaligen Wert von 350 Prozent zu steigen.<sup>53</sup> Inzwischen ist dieser Wert infolge krisenbedingter Abschreibungen zwar wieder etwas gesunken, aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass dieses extrem hohe Verschuldungsniveau sich im Moment nur wenig verringert. Diese schuldengetriebene Akkumulation findet auch in Deutschland statt, wo die Gesamtverschuldung aller Sektoren im Verhältnis zum BIP auf über 500 Prozent gestiegen ist (vgl. Abb. 7).

Abbildung 7: Verschuldungsgrad der deutschen Wirtschaft



Quelle: Vgl. Abbildung 6

Im Gefolge der Krise begann sich der Verschuldungsgrad im Unternehmensbereich zu stabilisieren; teilweise ging er sogar zurück. Das trifft nicht nur auf Deutschland zu. Laut Vermögensreport 2013 der Allianz stiegen die weltweiten Schulden 2012 zwar weiter, dieses Wachstum war aber deutlich niedriger als im Vorkrisenzeitraum und es war geringer als das Wachstum des Welt-BIP, sodass die Schuldenquote sank.<sup>54</sup> Allerdings sind mit beginnendem Aufschwung die Anzeichen eines erneuten Anstiegs und damit der Blasenbildung und Überspekulation unverkennbar. Das weltweite Finanzvermögen ist zuletzt wieder schneller als im langfristigen Durchschnitt gewachsen. Diese Entwicklung sowie der im konjunkturellen Aufschwung einsetzende Kapitalbedarf könnte die Bereitschaft zur Verschuldung auch wieder erhöhen. Ein vorläufiges Fazit aus dieser Analyse des Akkumulationsprozesses lautet, dass nicht von einer abgeschwächten Dynamik der Akkumulation, sondern vielmehr von einer dramatischen Änderung ihrer inneren Struktur gesprochen werden sollte. Die hervorstechendsten Züge sind der Beginn einer räumlichen Verschiebung ihres Schwerpunktes in Richtung der ehemaligen Peripherie und die Verschiebung von der Akkumulation vom produktiven in Geldkapital sowie einer damit einhergehenden, extrem schuldengetriebenen Akkumulation. Diese Veränderungen sind nicht ohne Konsequenzen für die Stabilität des Akkumulationsprozesses und die Bewegung ihrer inneren Widersprüche. Darauf wird weiter unten einzugehen sein.

Charakter und Perspektiven der Kapitalakkumulation werden von der Entwicklung des natürlichen Umfelds entscheidend mitgeprägt. Umgekehrt berührt die Akkumulation des Kapitals die Verfügbarkeit von Standorten für Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft sowie ausreichender Senken für die Abfälle von Produktion und Konsumtion. Im Unterschied zu den anderen Bestandteilen weist die Reproduktion dieser Kapitalbestandteile nicht nur eine gesellschaftlich bestimmte raum-zeitliche, sondern darüber hinaus auch eine absolute natürliche Begrenzung – den Globus – auf. Diese Frage wird im Hinblick auf die Zukunft des Kapitalismus beziehungsweise sein mögliches Ende vor allem von Wallerstein, Altvater und zuletzt von Jason W. Moore thematisiert. Nach Moore war die bisherige kapitalistische Entwicklung infolge agrarischer Revolutionen möglich, die zur Verbilligung insbesondere der Nahrungsmittel, aber auch der Energie und anderer Inputs führte. Heute stelle sich die Frage, ob angesichts der sichtbaren ökologischen Grenzen und der Erschöpfung natürlicher Ressourcen eine solche Revolution erneut möglich ist. Moore bezweifelt das; der Kapitalismus sei nicht mehr länger ein sich entwickelndes System, sondern auch ein «alterndes» System, das an einem Wendepunkte angelangt sei.<sup>55</sup> Diesen Standpunkt vertritt auch Elmar Altvater; er

<sup>53</sup> Vgl. Konicz, Tomasz: Krisenmythos Griechenland, 4.5.2010, unter: [www.heise.de/tp/artikel/32/32551/1.html](http://www.heise.de/tp/artikel/32/32551/1.html) (Stand: 8.11.2013).

<sup>54</sup> Allianz: Global Wealth Report 2013, S. 9, 27.

<sup>55</sup> Moore, Jason W.: The End of the Road? Agricultural Revolutions in the Capitalist World-Ecology 1450–2010, in: Journal of Agrarian Change, 2010, S. 396, 409.

sieht jedoch vor allem eine energetische Grenze. Die Existenz des Kapitalismus sei mit der Nutzung fossiler Energieressourcen verbunden; die Wende zu den regenerativen Energieressourcen schaffe er deshalb nicht. Es ist unbestreitbar, dass Natur und Ressourcen der kapitalistischen Akkumulation raum-zeitliche Grenzen auferlegt. Aber diese Grenzen hat es schon immer gegeben und Moores Ansatz besteht gerade darin, dass die kapitalistische Entwicklung untrennbar damit verbunden war, dass diese Grenzen durch technologische und agrarische Revolutionen und die Kolonialisierung immer wieder verschoben wurden. Die Frage besteht also nicht darin, *ob* es solche Grenzen gibt, sondern warum diese Grenzen in der konkreten aktuellen Situation nicht mehr überwindbar, für den Kapitalismus also tödlich sein sollten.

Die Endlichkeit der Ressourcen bedeutet nicht, dass es zu jeder Zeit und unweigerlich zu steigenden Preisen und Kosten für diese Kapitalbestandteile kommen muss, weil diese selbst bei steigender Nachfrage auf ein zeitweilig immer noch wachsendes Angebot infolge der Erschließung neuer Lagerstätten und Standorte treffen können. So weisen zwar die Boden- und Immobilienpreise langfristig eine Aufwärtsbewegung auf, die Rohstoff- und Energiepreise sind jedoch noch bis zu Beginn dieses Jahrhunderts trotz des rapiden Wachstums von Produktion, Bevölkerung, Durchschnittseinkommen und globaler Nachfrage gesunken, wobei das Steigen der Ölpreise überkompensiert wurde. Die zu Beginn der 1970er Jahre prophezeite Ressourcenverknappung hat sich bis auf die Zeit der sogenannten Ölkrisen lange Zeit nicht auf das Akkumulationstempo ausgewirkt. Erst im letzten Jahrzehnt haben sich mit der rapid steigenden globalen Nachfrage und trotz sinkender spezifischer Ressourcenintensität des BIP-Wachstums die Preise auf etwa das Dreifache erhöht,<sup>56</sup> wobei auch die Spekulation mit Rohstoffen daran ihren Anteil hat. Dieser seit einem Jahrzehnt sichtbare, neue Trend wird sich mit dem erhöhten Akkumulationsumfang der Schwellen- und Entwicklungsländer, der weltweit wachsenden Bevölkerung und steigenden Realeinkommen in der Zukunft zweifellos fortsetzen. Die im Weltmaßstab durchschnittliche Kapitalverwertung und die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation werden damit allerdings nicht unbedingt negativ beeinflusst, weil diese Kostensteigerung über die Preise weitergewälzt wird. Der gesellschaftlich und global durchschnittliche Aufwand zur Produktion einer Ware erhöht sich mit steigenden Schwierigkeiten der Ressourcengewinnung. Aber das ist noch kein Grund für eine Verlangsamung der Kapitalakkumulation, weil das nicht nur auf die Reproduktionsaufwendungen des variablen und konstanten Kapitals wirkt, sondern eben auch den Warenwert schlechthin steigen lässt. Für das rohstoffproduzierende Kapital ist das sogar ein zunehmender Quell steigender Profite. Dies zeigt sich zum Beispiel im Aufstieg der ölexportierenden Länder und ihres Kapitals, das sogar in die Anlagesphäre der hochentwickelten Länder eindringt. Auch das Phänomen des *Landgrabbing*, das heißt, dem Bemühen von Agrarkonzernen, sich mit potenziell landwirtschaftlich nutzbaren Flächen einzudecken, muss hier eingeordnet werden. Im Bereich der Ressourcen winken perspektivisch riesige Profite für diejenigen Kapitale, die sich hier festsetzen können.

Es kommt bei der Wirkung auf die Akkumulation also nicht so sehr auf die allgemeine Entwicklungstendenz der Ressourcenaufwendungen an, sondern auf ihre branchenmäßige und räumliche Differenzierung. Das heißt, die einzelnen Branchen, Länder und Regionen und damit deren Kapital und Bevölkerung werden davon je nach Ressourcenbedarf und -verfügung sehr unterschiedlich betroffen sein. Schon heute ist deshalb die Reproduktion großer Bevölkerungsmassen zum Beispiel in einigen afrikanischen Ländern kaum noch gewährleistet. Politische Spannungen innerhalb und zwischen den Ländern dürften deshalb, nicht zuletzt auch infolge der Bevölkerungsmigration, wahrscheinlich zunehmen. Nicht wenige Autoren befürchten eine Zunahme gewaltsamer, kriegerischer Konflikte. Die Kapitalakkumulation ist deshalb in den nächsten Jahrzehnten nicht durch innere Grenzen bedroht, als vielmehr durch die sozial-politischen Entwicklungen, die mit den Widersprüchen zwischen der Kapitalakkumulation und der Reproduktion der natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz in konkreten Ländern und Regionen verbunden sind.

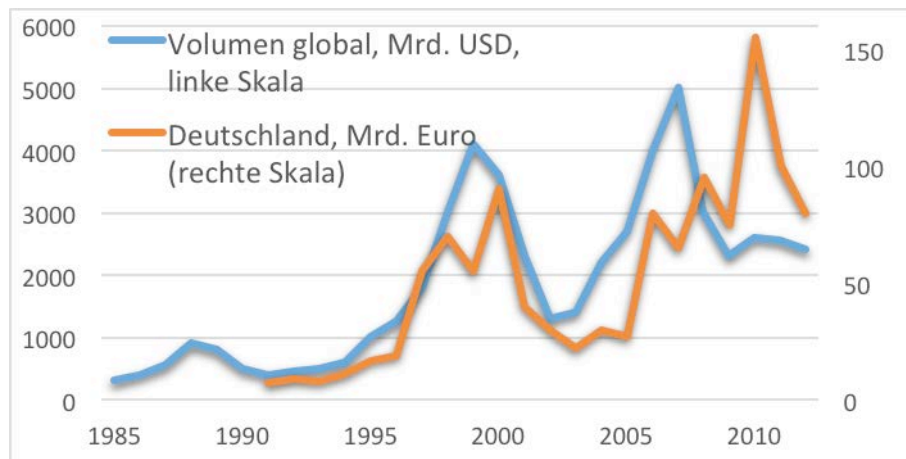
## **5 KONZENTRATION, DEKONZENTRATION, TOO BIG TO FAIL**

Die Akkumulation des Kapitals vollzieht sich sowohl durch internes Unternehmenswachstum als auch durch die Konzentration des Kapitals in Form von Fusionen und Übernahmen (*mergers and acquisitions*, M&A). Dieser Konzentrationsprozess hat seit den 1990er Jahren einen beträchtlichen Aufschwung genommen. In der folgenden Abbildung ist zu erkennen, dass damals das wertmäßige Volumen der M&A-Aktivitäten sowohl global als auch in Deutschland schlagartig auf ein Vielfaches des Umfangs früherer Jahrzehnte anstieg.

---

<sup>56</sup> HWWA: Revision des HWWA-Rohstoffpreisindex, HWWA update 2/2011, S. 3.

Abbildung 8: Volumen der M&A weltweit und Deutschland



Quelle: www.imaa-institute.org (Stand: 22.9.2013); eigene Darstellung

In Deutschland hat die Abwicklung der DDR-Wirtschaft nach 1990 zwar eine besondere Rolle gespielt, aber wie die globale Entwicklung und das erneute starke Anwachsen nach Überwindung der sogenannten Dotcom-Krise ab 2004 zeigen, haben die M&A-Aktivitäten auch ohne diesen Sonderfaktor beträchtlich zugenommen. Diese Aktivitäten folgen einem zyklischen Muster. Im konjunkturellen Aufschwung, wenn sich die Ertragslage der stärkeren Unternehmen allmählich wieder bessert, werden schwächere Konkurrenten aufgekauft. Sobald sich die konjunkturelle Situation verschlechtert, sinkt das M&A-Volumen. So beschleunigt sich das M&A-Geschehen mit dem gegenwärtig einsetzenden konjunkturellen Aufschwung wieder. «Eine Milliardenübernahme jagt die nächste», schreibt das *Handelsblatt* im September 2013. Das Volumen der angekündigten Übernahmen und Fusionen steige gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent auf über 90 Milliarden Dollar.<sup>57</sup> Allerdings haben diese Prozesse auch überzyklisch einen Zuwachs gegenüber früheren Jahrzehnten erfahren, wofür zwei Grundzüge der gegenwärtigen Akkumulation verantwortlich sind: Die globale Überakkumulation im Realbereich, des produktiven Kapitals also, und die Tendenz zur Finanzialisierung einschließlich der Überakkumulation von Geldkapital.

Die Verstärkung des M&A-Geschehens hängt erstens damit zusammen, dass die einzelnen Konzerne auf diese Weise auf die globale Überakkumulation reagieren: Konkurrenten werden aus dem Markt gedrängt, aufgekauft oder fusioniert. Die wichtigsten Ziel- und Käuferbranchen sind den Untersuchungen der Universität St. Gallen zufolge jeweils identisch.<sup>58</sup> Das heißt, es geht dabei um Konzentrationsvorgänge innerhalb ein und derselben Branche. Von den 917 im Jahr 2012 registrierten M&A traf dieses Merkmal auf über die Hälfte der Aufkäufe und Fusionen zu. Zweitens sind mit großem Abstand vor allem Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche die Käufer, wobei die M&A auch hier zu keinem geringen Teil die eigene Branche betrafen. Allerdings traten diese Unternehmen drei Mal häufiger als Käufer in Erscheinung, als sie selbst zum Kaufobjekt wurden. Insgesamt tritt die Finanzdienstleistungsbranche seit vielen Jahren als der aktivste Käufer in Erscheinung. Hinzu kommt, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Aktivitäten von Investmentbanken angesprochen wird, die nicht selbst als Käufer, sondern als Vermittler mit riesigen Provisionen agieren. Ein weiteres Merkmal der rasch wachsenden M&A ist ihr internationaler Charakter. Aber im Unterschied zur Entwicklung seit den 1970er Jahren, als große transnationale Konzerne (TNC) entstanden, deren Heimat die Länder der Triade waren, sind am internationalen M&A-Markt inzwischen zunehmend auch Konzerne der Schwellenländer aktiv. Sie sorgen nicht nur für große Deals innerhalb ihrer Mutterländer, sondern wenden sich auch den Firmenmärkten in den hochentwickelten Ländern zu.

Fast zeitgleich mit der Explosion der M&A-Aktivitäten in der Mitte der 1990er Jahre wurde besonders in Deutschland eine Entflechtung von Industrie- und Bankkapital beobachtet, was zum Schlagwort vom «Ende der Deutschland-AG» führte.<sup>59</sup> Als Deutschland-AG wurde das hegemoniale Netzwerk von Banken, Versicherungen und Konzernen verstanden, die durch starke wechselseitige Beteiligungen und personelle Verflechtungen gekennzeichnet waren. Dieses Netzwerk, in dessen Zentrum die Deutsche Bank und die Allianz standen, erodiert seit etwa 20 Jahren, was der These von der wachsenden Bedeutung der Finanzbranche zu widersprechen scheint. Neben bestimmten steuerlichen Regelungen, die das Veräußern

<sup>57</sup> Handelsblatt, 18.9.2013.

<sup>58</sup> Müller, Johanna: Same Same But Different – Jahresrückblick auf das deutsche M&A-Geschehen 2012, M&A Review 2/2013, S. 57.

<sup>59</sup> Vgl. Höpner, Martin/Krempel, Lothar: Ein Netzwerk in Auflösung: Wie die Deutschland AG zerfällt, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2005; vgl. auch: Neunzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2010/2011, Bundestagsdrucksache 17/10365, S. 151 ff.

von Unternehmensanteilen profitabel machten, ist es aber genau die wachsende Bedeutung des Finanzdienstleistungssektors jenseits der großen Banken sowie deren internationaler Charakter, die zu diesem Effekt führten. Gegenüber den Industriebeteiligungen mit ihren langen Bindungen und Risiken erwies sich die Kapitalanlage am Finanzmarkt mit seinen rascheren Rückflüssen als wesentlich profitabler und flexibler. Die großen Banken und Versicherungen wandten sich deshalb selbst verstärkt diesem Markt zu. Auch seitens der Industrie wuchs die Bedeutung der Finanzierung jenseits traditioneller Formen. In einer Bundesbank-Analyse heißt es dazu: «Zwar spielte der Kredit bis auf wenige Ausnahmen durchgehend die wichtigste Rolle. Veränderungen gab es jedoch bei den Kreditgebern: Während diese Funktion in der Vergangenheit vor allem Banken übernahmen, lässt sich im Betrachtungszeitraum ein Trend zur verstärkten Substitution zugunsten anderer Kreditgeber feststellen. So sind etwa große (internationale) Konzerne vermehrt dazu übergegangen, Finanzierungsmittel über spezielle Finanzierungsgesellschaften innerhalb des Konzerns zu verteilen. Der Bankkredit, der an sich zwar noch immer die wichtigste Außenfinanzierungsquelle darstellt, hat hingegen in den letzten 20 Jahren systematisch an Bedeutung verloren. Insgesamt nahm somit die Intermediationsleistung über das traditionelle Kreditgeschäft ab.»<sup>60</sup>

Für den Gesamtprozess der Akkumulation ist auch der in der marxistischen Literatur systematisch unterschätzte Prozess der Neugründung und Aufspaltung von Unternehmen von Bedeutung. Er ist die Folge von Innovationen und dem Entstehen neuer Geschäftsfelder und das Resultat des Outsourcings, bei dem die Großkonzerne sich von Geschäftsfeldern trennen oder bestimmte Elemente der vertikalen Wertschöpfungskette ausgliedern. Beide Prozesse führen zu einem Wachstum der Zahl der Unternehmen, die im Verlauf der letzten zehn Jahre in Deutschland um 16 Prozent auf gegenwärtig 3,7 Millionen angewachsen ist. Dieses Wachstum vollzieht sich vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).<sup>61</sup> Über 99 Prozent aller Unternehmen gehören zu dieser Gruppe. Knapp die Hälfte der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und etwa 44 Prozent der Investitionen entfallen auf sie. Über 60 Prozent aller Erwerbstätigen sind in den KMU beschäftigt, das heißt, die soziale Gesamtsituation in Deutschland wird in nicht geringem Maße auch durch diesen Bereich mitbestimmt. Und obwohl ein Teil der Neugründungen keine sehr hohe Überlebenschance hat, sorgt die Differenziertheit, Flexibilität und räumliche Ausbreitung der KMU für eine gewisse Anpassungsfähigkeit und Grundstabilität der deutschen Wirtschaft. Dies gilt auch dann, wenn der Anteil der Großunternehmen, des übrigen einen Prozents der Unternehmen, an der Wirtschaft unvergleichlich höher und weiter im Wachsen begriffen ist.

Das Wachstum der Unternehmenszahl führt dazu, dass trotz der jüngsten M&A-Wellen der statistisch ausgewiesene Konzentrationsgrad der Wirtschaft, gemessen am Anteil der Großunternehmen oder der 100 oder zehn größten Unternehmen an der gesamten Wirtschaftsleistung nicht angewachsen, sondern teilweise sogar gesunken ist. Der Anteil der 100 größten Unternehmen an der Nettowertschöpfung aller Unternehmen sank von 20 Prozent im Jahr 2000 auf 16,4 Prozent im Jahr 2010.<sup>62</sup> Das gilt im Durchschnitt; in bestimmten Wirtschaftszweigen kam es jedoch durchaus zu einem höheren Konzentrationsgrad. Vor allem in der Industrie erhöhten die 50 größten Unternehmen ihren Anteil von 27 Prozent (1994) auf 32 Prozent (2010), wobei dieser Anteil bereits in den 1970er Jahren schon einmal bei diesem Wert lag. Er war zwischenzeitlich durch die Aufnahme der ostdeutschen Unternehmen in die Statistik stark geschrumpft. Diese Zahlen zeigen, dass der Konzentrationsprozess starken Schwankungen unterliegt und es immer auch eine Gegenbewegung der Dekonzentration gibt, die zeitweilig sogar stärker sein kann. Die im traditionellen Marxismus populäre Marx-These von der Zentralisation des Kapitals in wenigen Händen und der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten<sup>63</sup> unterschätzt die Bedeutung solcher Gegenbewegungen. Allerdings zeigen diese Zahlen auch, welch hohes Niveau die Konzentration des Kapitals in bestimmten Bereichen erreicht hat: Nur 50 Unternehmen stehen für die Hälfte der gesamten industriellen Wirtschaftsleistung Deutschlands. Im Bereich der Kreditinstitute macht das Geschäftsvolumen allein der zehn größten 50 Prozent des Gesamtvolumens der Branche aus. Vor allem aber kann die wirtschaftliche Macht der großen Konzerne nicht allein anhand des Konzentrationsgrads gemessen werden. Viele kleine und mittlere Unternehmen, die formal selbstständig sind und auch keine Beteiligungen aufweisen, sind durch Lieferverträge und andere wirtschaftliche Abhängigkeiten fest an die Großkonzerne und ihr Umfeld gebunden und von deren Wohl und Wehe abhängig. Hinter der wachsenden Zahl von KMU verbirgt sich deshalb trotz des Rückgangs des statistischen Konzentrationsgrads ein wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs der Großkonzerne und der führenden Finanzinstitute.

---

<sup>60</sup> Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 2012, S. 13.

<sup>61</sup> Es gibt keine einheitliche Definition von KMU. Hier wird die Abgrenzung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) zugrunde gelegt. Als KMU gelten Unternehmen unter 500 Beschäftigten und mit weniger als 50 Millionen Euro Umsatz.

<sup>62</sup> Neunzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission, S. 122 ff.

<sup>63</sup> Marx: Das Kapital, S. 790.



Bezeichnend dafür ist auch das Phänomen des *too big to fail* beziehungsweise der Systemrelevanz einzelner Unternehmen und Banken. Es ist schon lange bekannt und führte schon früher zu staatlichen Rettungsaktionen und zumindest im Finanzsektor zur Anrufung eines staatlichen «lender of last resort». Dieses Phänomen hängt auch damit zusammen, dass Wirtschaftskrisen schon immer Ausdruck der Tatsache waren, dass die Produktion eine gesellschaftliche Veranstaltung ist. Die von privaten Verwertungsinteressen geleitete Steuerung der Wirtschaft gerät mit den Proportionalitätserfordernissen dieser gesellschaftlichen Veranstaltung in Konflikt. Krisen sind die Folge gesetzmäßig ausufernder Disproportionen und beseitigen diese soweit, dass erweiterte Reproduktion wieder möglich wird. Insofern tragen Krisen immer schon systemischen Charakter und sind damit verbunden, dass einzelne Unternehmen und Finanzinstitutionen zusammenbrechen und andere mitreißen, weil der Kapitalkreislauf sich über ein komplexes Netz von Verflechtungen vollzieht. Schwere Krisen sind also nicht das Resultat eines Zusammenbruchs von großen Unternehmen, die eigentlich *too big to fail* sind, und es ist eine ziemlich naive Vorstellung, das Krisenpotenzial der Wirtschaft könne durch Entflechtung oder Downsizing beseitigt werden. Hinzu kommt, dass die moderne Produktivkraftentwicklung in globalen Dimensionen untrennbar mit wachsenden Kapitalminima und zunehmender globaler Verflechtung verbunden ist und komplexe Finanzierungsstrukturen erfordert. Diese Feststellung bleibt auch dann richtig, wenn die populäre Forderung nach Stärkung lokaler Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und Beendigung irrsinniger globaler Güterbewegungen durchaus zu begrüßen ist.

Es ist trotzdem bemerkenswert, dass die Frage der Systemrelevanz und des *too big to fail* einzelner Konzerne im Zusammenhang mit der jüngsten Krise eine solch große Aufmerksamkeit erlangt hat. Das ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass Größe und Verflechtung einzelner Unternehmen und Finanzinstitute eine Dimension erlangt haben, die nicht nur existenzielle Bedeutung für einzelne Unternehmen in ihrem Umfeld haben, sondern ganze Branchen und die gesamte nationale und Weltwirtschaft in weit höherem Maße als früher berühren. Diese Bedeutung ist mittels des Konzentrationsgrads oder der Beteiligungsanalyse allein nicht zu erfassen. Bei der Analyse der Systemrelevanz von Banken bezieht zum Beispiel die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) die Indikatoren Größe, grenzüberschreitende Aktivitäten, Verflechtung, Ersetzbarkeit/Finanzinstitutsinfrastruktur und Komplexität mit ein.<sup>64</sup> Für den produktiven Bereich stehen solche Analysen noch gänzlich aus.

Das im *too big to fail* angesprochene Phänomen kann aufgrund des wachsenden Grades der Vergesellschaftung der Produktion nicht einfach durch einen generellen Rückbau der Konzerne bewältigt werden. Im Einzelfall mag das sinnvoll sein, aber ein Zurückdrehen der Vergesellschaftung kann auch eine Hemmung der Produktivkraftentwicklung bedeuten. Wenn also große Konzerne nicht in jedem Falle einfach fallen gelassen werden können, dann muss natürlich die Frage beantwortet werden, wer ihren Absturz aufhält und wer die damit verbundenen Kosten trägt. Die Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass die herrschende Elite dann sehr schnell und lautstark staatliche Aktivitäten einfordert, die sie im Hinblick auf soziale Aufgaben immer wieder als schädlich hinstellt. Obwohl es in der Tat einen sozial und ökonomisch gefährlichen Rückzug des Staates aus bestimmten wirtschaftlich relevanten Feldern gibt, ist deshalb eine wachsende Bedeutung der staatlichen Regulierung zu beobachten. Trotz des oben beschriebenen Rückgangs des Reinvermögens der öffentlichen Hand ist die Staatsquote, die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, insgesamt auf einem hohen Niveau geblieben. Der Staat ist zwar weiterhin ein Steuerstaat, aber er ist auch ein Schuldenstaat geworden. Über diesen quantitativen Aspekt hinaus sind der Staat und zunehmend auch transnationale öffentliche Institutionen als Kontrollinstanzen und Regulierer gefordert. Sie geben der internationalen Kapitalakkumulation Rückendeckung, nicht nur im Hinblick auf die Ordnung des Systems und seiner sozialen und ideologischen Absicherung, sondern auch durch konkrete politisch-ökonomische Mitwirkung.

## 6 WACHSTUM DES MEHRWERTS, STEIGENDE PROFITE

In der Zusammenbruchstheorie von Kurz spielen die Behauptung von einer verringerten Mehrwertproduktion und – wie die sinkende Beschäftigung infolge zunehmender Automatisierung in der dritten industriellen Revolution zeige – einer sinkenden Masse an mehrwertschaffender Arbeit eine bedeutende Rolle. Auch andere Theoretiker, die das Ende der Kapitalakkumulation infolge des Gesetzes

vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate  $p' = \frac{m}{c+v} = \frac{m/v}{1+c/v}$  postulieren, argumentieren damit, dass mit dem technischen Fortschritt die Zusammensetzung des Kapitals  $c/v$  ins Unendliche wachsen könne, nicht jedoch die Mehrwertrate  $m/v$ . Während also das Wachstum des Nenners der Profitrate unbegrenzt sei, weise ihr Zähler Grenzen des Wachstums auf. Dies resultiere daraus, dass selbst bei einem Rückgang

<sup>64</sup> BIZ: Global systemrelevante Banken: Bewertungsmethodik und Anforderungen an die zusätzliche Verlustabsorptionsfähigkeit, November 2011, S. 4 f.

der notwendigen Arbeitszeit das Wachstum der Mehrarbeitszeit bei einem tendenziell sinkenden Arbeitstag eine absolute Grenze habe.<sup>65</sup> Der Disput darüber füllt ganze Bibliotheken und offensichtlich ist die Antwort nicht so einfach, wie es den Anschein hat. Offensichtlich ist aber auch, dass im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte kapitalistischer Akkumulation der Gegenstand des Disputs immer noch nicht verschwunden ist oder gegen Null tendiert, der Mehrwert nach wie vor anwuchs und die Profitrate immer noch über lange Zeiträume gewachsen ist oder wieder zu wachsen begann. Damit stellt sich die empirische Frage, ob der Mehrwert und die Profitrate *gegenwärtig* und auf absehbare Zeit sinken und es stellt sich die Frage, ob mit einem solchen Sinken die Antriebskräfte des Kapitalismus erlahmen und Stagnation beziehungsweise Zusammenbruch unvermeidlich sind.

Kurz' Argument besagt, der Gesellschaft gehe die Arbeit infolge zunehmender Technisierung und Bedürfnissättigung aus. Damit würde die Möglichkeit der Mehrwertschöpfung durch die lebendige Arbeit untergraben. Dagegen ist zunächst einzuwenden, dass es keine ständig steigende Arbeitslosigkeit gibt. Selbst wenn die Arbeitslosenquote zehn Prozent betrüge, bedeutet das eine Beschäftigungsquote von 90 Prozent. Das heißt, trotz einer hohen Arbeitslosigkeit mit skandalösen sozialen Folgen ist das Erwerbspersonenpotenzial zum überwiegenden Teil ausgelastet. Und trotz sinkender Arbeitszeit steht die Erwerbstätigkeit nach wie vor im Mittelpunkt des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Der Anteil der Löhne an der Neuwertschöpfung tendiert auch bei verteilungsbedingt schwankenden Lohnquoten nicht etwa gegen Null, sondern hält sich auch im Verlauf des raschen technischen Wandels und steigender Produktivität der Arbeit in den vergangenen 100 Jahren zwischen 65 und 75 Prozent. Die seit Jahrzehnten wieder sinkenden Lohnquoten sind nicht, wie übrigens vor allem von der Neoklassik behauptet, Resultat eines Bedeutungsverlusts der lebendigen Arbeit im Wertschöpfungsprozess oder ihrer sinkenden Grenzleistungsfähigkeit im Vergleich zum Kapital, sondern Ausdruck einer Schwächung der strategischen Verhandlungsposition der Arbeitnehmerorganisationen im Zeitalter der Globalisierung und des Strukturwandels sowie des Bedeutungsverlusts ihrer traditionellen Hochburgen. Für die Kapitalverwertung hat das widersprüchliche Folgen. Einerseits stärkt das die Gewinne, andererseits ist es ein Pyrrhussieg: Es erschwert infolge der Nachfrageschwäche die Realisierung der Profite auf den Binnenmärkten und ist ein Grund für die Orientierung des Kapitals auf Exporte und Finanzanlagen.

Die Entwicklungstendenz der Mehrwertrate hängt vom Wachsen oder Sinken des Werts der Arbeitskräfte ab, der von verschiedenen Einflussgrößen bestimmt wird. Zum einen ist das der Wert der Lohngüter, der sich mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität verringert. Zum anderen spielen der Umfang und die Vielfalt der Lohngüter, die in die Konsumtion der Arbeiter und ihrer Familien eingehen, eine Rolle. Diese Breite hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zweifellos vergrößert. Das heißt, die Wertsumme des Güterbündels, das zur Reproduktion der Arbeitskräfte in den hochentwickelten Ländern erforderlich ist, wird zwar von entgegengesetzt wirkenden Faktoren beeinflusst, dürfte jedoch, wie das im 20. Jahrhundert tendenziell gewachsene Reallohniveau zeigt, insgesamt gestiegen sein. Im Zuge der Internationalisierung unterliegt jedoch auch der Arbeitsmarkt internationalen Einflüssen, die diesen Trend verlangsamt, gestoppt oder sogar umgekehrt haben. Das wachsende Angebot an Arbeitskräften aus Ländern mit weit geringerem Wert der Arbeitskräfte, die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer und die Einfuhr von billigen Gütern aus solchen Ländern hat zu einer Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeitnehmerorganisationen geführt. Dieser Trend wird im Zuge der weiteren Globalisierung anhalten. Dafür sorgen das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern und der Zustrom von billigen Arbeitskräften aus den industriell wenig entwickelten Regionen.

Wallerstein, der seine These von den sinkenden Profiten mit global stark steigenden, die Profitentwicklung hemmenden Löhnen begründet, mag ab dem Moment recht haben, da dieser Arbeitskräftezustrom absorbiert ist und die progressive Entwicklung des historisch-moralischen Elements der Wertbestimmung der Arbeitskräfte auch in den Entwicklungsländern stärker greift, aber vorerst ist dieser Punkt nicht in Sichtweite. In den hochentwickelten Ländern steigt die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Lebensarbeitszeit sinkt trotz geringerer Jahresarbeitszeit kaum, weil das Renteneintrittsalter angehoben wird und sich die Tendenz zu Zweitjobs verstärkt. In ihrem jüngsten Arbeitskräftebericht kommt die Internationale Arbeitsorganisation ILO zu der Einschätzung, dass sich in den nächsten Jahren trotz einer weltweit steigenden Beschäftigung die Zahl der Arbeitslosen von gegenwärtig etwa 200 auf 210 Millionen Menschen im Jahr 2017 ansteigen wird, wobei ein Drittel davon Jugendliche sind.<sup>66</sup> Der Umfang der globalen Investitionen reicht nicht aus, das wachsende Arbeitskräftepotenzial zu absorbieren. Aufgrund der mit dem technischen Fortschritt steigenden Kapitalintensität wird mit einer Einheit investierten Kapitals eine immer geringere zusätzliche Arbeitskräftenachfrage generiert. Wenn also die Investitionen mit einem konstanten Zuwachs steigen, nimmt die Beschäftigung im Zeitlauf weniger stark zu. Steigen die Nettoinvestitionen gar

---

<sup>65</sup> Vgl. Krüger: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, S. 167 f.

<sup>66</sup> ILO: Global Employment Trends 2013, Genf 2013, Anhang.

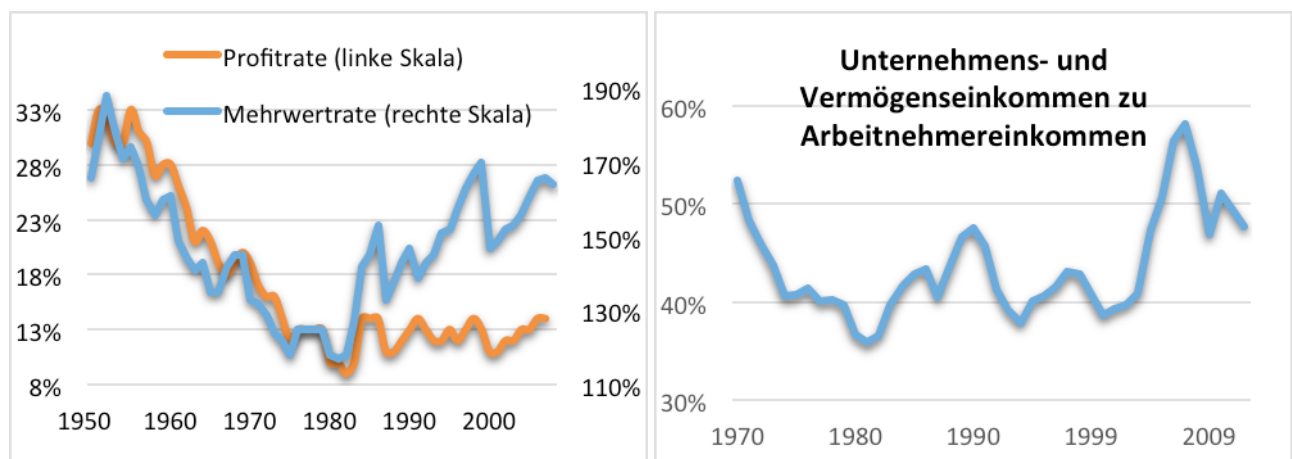


nicht mehr, werden also wie in Krisenzeiten nur noch Ersatzinvestitionen vorgenommen, wird die Beschäftigung sogar sinken. Die globale Unterbeschäftigung ist also sowohl ein Resultat der Überakkumulation im Gefolge von Krisen als auch einer überzyklischen Unterakkumulation im Verhältnis zu einer immer noch exponentiell wachsenden Weltbevölkerung. Beide Prozesse vollziehen sich in zeitlich und räumlich differenzierter Weise und sorgen für strukturelle Veränderungen und Wanderungen von Kapital und Arbeit. Aber weder die Lohnentwicklung noch das Arbeitskräfte-reservoir sind global begrenzende Faktoren für die Akkumulationsdynamik.

Eine potenzielle Gefahr für die Akkumulation des Kapitals droht von einer ganz anderen Seite. Sowohl die Nichteinbeziehung von Erwerbspersonenpotenzial in den Verwertungskreislauf wie ihr Einbeziehung sind nicht ohne Folgen für die soziale Situation der Betroffenen. Im ersten Fall ist das offensichtlich, aber auch im zweiten Fall führen Überakkumulation und Krise zu Exklusion, prekären Arbeitsverhältnissen, Dequalifikation, Hysterese und Erscheinungen des Pauperismus. Damit entstehen nicht nur erhebliche soziale Kosten, sondern auch sozialer Sprengstoff. Wie die Ereignisse in den südeuropäischen Ländern im Gefolge der Austeritätspolitik in der Eurozone zeigen, müssen selbst absolute Verelendung, Massendemonstrationen und Generalstreiks nicht unbedingt systembedrohende Züge annehmen, aber für die jeweils Regierenden gleich welcher Couleur schließt das eine politische Bedrohung ein. In manchen Entwicklungsländern entlädt sich das in teilweise religiös, ethnisch und nationalistisch gefärbten sozialen Eruptionen, deren Richtung und Resultate nicht sicher bestimmt werden können, die aber für die globale politische Architektur nicht ohne Folgen sind.

In Bezug auf den global produzierten Wert sind also hinsichtlich des Arbeitsvolumens in den nächsten Jahrzehnten keine Grenzen für ein weiteres Wachstum sichtbar. Die zunehmend kompliziertere Arbeit sorgt außerdem dafür, dass je Arbeitsstunde mehr Wert geschaffen wird, obwohl die in der Folge steigende durchschnittliche Arbeitsproduktivität dieser Tendenz anschließend wieder entgegenwirkt. In welcher Relation das Wachstum der globalen Masse an Wert und Mehrwertmasse zum Wachstum des Werts der Arbeitskräfte steht, kann zwar nicht direkt gemessen werden, die absolute Zunahme der Gewinn- und Vermögenseinkommen ist jedoch durchaus als ein grober Indikator für einen weiter steigenden Mehrwert zu betrachten. Wird das Unternehmens- und Vermögenseinkommen durch das Arbeitnehmereinkommen dividiert, kann die Entwicklung dieser Relation als ein grobes Maß für die Entwicklung der Mehrwertrate ( $m/v = \text{Ausbeutungsgrad}$ ) betrachtet werden. Diese Relation hatte sich seit Beginn der 1950er bis Ende der 1970er Jahre stark verringert, stabilisierte sich dann und begann ab etwa 2000 wieder zu steigen, wobei die konkrete Bewegung – wie nicht anders zu erwarten – stark vom Zyklus bestimmt wird (vgl. Abb. 9.2). Auch die Berechnungen von Krüger zur Entwicklung des Mehrwerts und der Mehrwertrate in Deutschland (Abb. 9.1) lassen keinen anderen Schluss zu.<sup>67</sup>

**Abbildung 9: Mehrwertrate, Profitrate (9.1, nach Krüger) und Verhältnis der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zum Arbeitnehmereinkommen (9.2)**

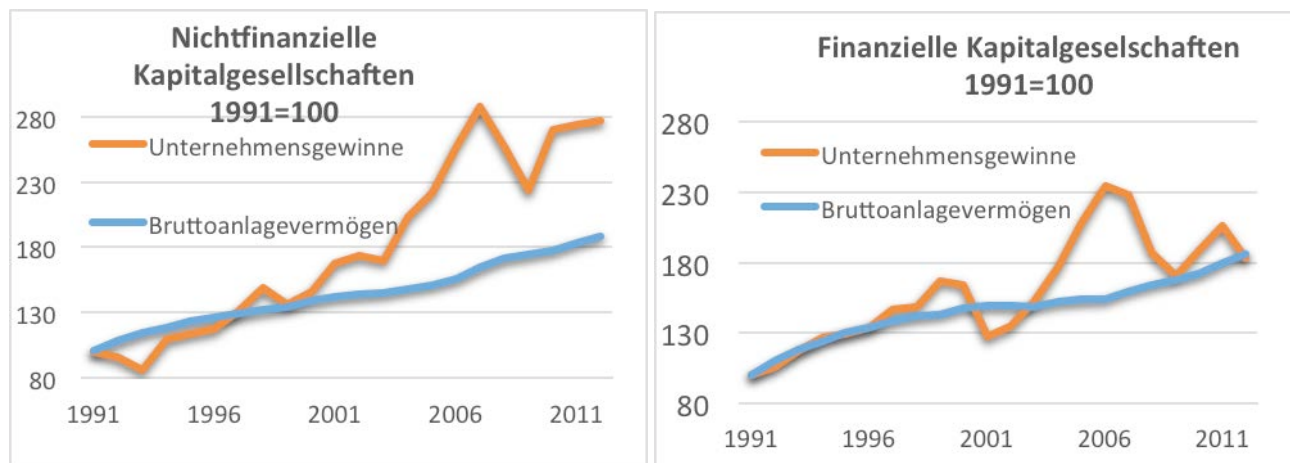


Quelle: Krüger: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation; eigene Darstellung; Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>67</sup> Krüger: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Anhang, Tabelle 1.2, S. 892 f.

Für die Schwere wirtschaftlicher Krisen ist die Höhe der Mehrwertrate und die Entwicklung der Einkommensverteilung von großer Bedeutung, weil die Realisierung des Mehrwerts letztlich von der Konsumtionsfähigkeit der Lohnabhängigen – deren Nachfrage das größte Gewicht hat – abhängig ist. Zwar könnten die Nachfrage des Staates, die Auslandsnachfrage, die Investitionsgüternachfrage und die Nachfrage der Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen kompensatorisch wirken. Wenn jedoch die Einnahmen des Staates durch Steuersenkungen beschnitten werden, die Auslandsnachfrage wegen der Verschuldung des Auslands beschränkt bleiben muss und die Oberschichten ihren Einkommenszuwachs eher sparen, das heißt, in Finanzanlagen verwandeln, dann kann keine vollständige Kompensation des schwächeren Nachfragewachstums aus Arbeitnehmereinkommen stattfinden. Investitionen können das sowieso nur zeitweilig, weil sie irgendwann zu einem Produktionswachstum führen sollen. Das heißt, die zunehmend aufklaffende Einkommensschere muss krisenverschärfend wirken. Natürlich hatte eine sinkende Durchschnittsprofitrate eine große wirtschaftliche Bedeutung. Der vom technischen Fortschritt ausgehende Druck auf die Profitrate produziert immer wieder aufs Neue die Notwendigkeit der Steigerung der Ausbeutung, der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten, nach technisch-organisatorischen Innovationen und nach Möglichkeiten zur Einsparung der Kosten für lebendige und vergegenständlichte Arbeit. Soll die Profitmasse weiter gesteigert werden, erfordert eine sinkende Profitrate einen immer größeren Kapitalvorschuss und neue Formen zu dessen Finanzierung. Die Konzentration des Kapitals und seine Globalisierung sowie der starke Einfluss des Finanzsektors auf die Akkumulation haben hier ihre Wurzel. Die Etablierung des neoliberalen Regulierungsregimes seit Anfang der 1980er Jahre war in dieser Hinsicht ein voller Erfolg. Das Wachstum des Anteils der Löhne am Volkseinkommen wurde gestoppt und in einen gegenläufigen Trend verkehrt. So konnte der Fall der Profitrate nicht nur aufgehalten, sondern sogar wieder umgekehrt werden. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind deutlich schneller als die Arbeitnehmereinkommen gestiegen und seit der Krise von 2007–2009 haben sich die Gewinne inzwischen wieder komplett erholt. In Abbildung 10 ist die Gewinnentwicklung der Entwicklung des Bruttoanlagevermögens gegenübergestellt. Ihr Verhältnis lässt Rückschlüsse auf die Bewegung der jeweiligen Profitrate zu und es ist zu erkennen, dass der Gewinn des Realsektors in ihrem überzyklischen Trend deutlich rascher als das Anlagevermögen wuchs, die Profitrate also gestiegen ist. Bei den finanziellen Kapitalgesellschaften ist dieses Verhältnis zumindest konstant geblieben.

**Abbildung 10: Unternehmergewinne und Bruttoanlagevermögen 1991–2012 in Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Sektorkonten, August 2013 und Anlagevermögen der Sektoren; eigene Berechnung und Darstellung

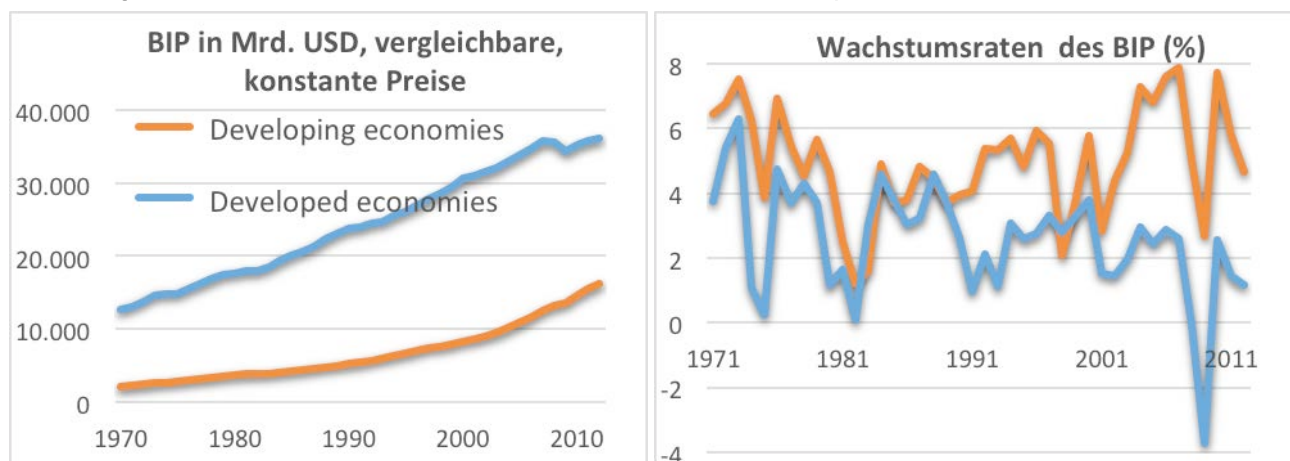
Selbst wenn die Profitrate sinken würde, verschwände damit keineswegs der Antrieb zur Akkumulation. Dieser geht vom einzelwirtschaftlichen Ziel der Verwertung aus, die sich anders als der gesellschaftliche Durchschnitt bewegen kann, ja gerade auf der Möglichkeit dieses Unterschieds beruht. Das Profitmotiv, das alle Bestandteile des Profits – Unternehmergewinn, Zins und Grundrente – betrifft, ist zudem zwanghaft, es hat systemischen Charakter und wirkt angesichts der historisch erreichten Profitmasse der wirtschaftlich dominierenden Konzerne selbst bei geringstem Grad der Verwertung. Die Entwicklung auf dem Gebiet des hochfrequenten Computerhandels mit Währungen und Wertpapieren hat gezeigt, wie sich angesichts der bewegten Milliardenbeträge selbst eine minimale Gewinnmarge in einer gigantischen Profitmasse niederschlagen kann. Weshalb auch sollte der Antrieb zur Kapitalverwertung bei einer Profitrate von 5 Prozent und einer Profitmasse von 100 Millionen Euro geringer sein, als bei einer Profitrate von 10 Prozent

und einer Profitmasse von 10 Millionen? Von Bedeutung ist dieser Unterschied hinsichtlich der Anlageentscheidung nur dann, wenn es um verschiedene Anlagesphären zum selben Zeitpunkt geht und darüber eine Entscheidung gefällt werden muss. Diese Alternativen gibt es bei der Durchschnittsprofitrate aber gar nicht, weil die Zeit nicht zurückgedreht werden kann.

## 7 WIRTSCHAFTSWACHSTUM: GLOBALE VERSCHIEBUNG UND INSTABILITÄT

Das Wirtschaftswachstum als Ausdruck der erweiterten Reproduktion setzt sich, wie Abbildung 1 zeigt, trotz heftiger, krisenbedingter Einbrüche fort, auch wenn die Wachstumsraten niedriger ausfallen. Diese Abbildung und ihre Erläuterung beziehen sich auf die westeuropäischen Länder; sie fielen jedoch bei Berücksichtigung der USA und Japan kaum anders aus. Sie fallen aber anders aus, wenn zum Beispiel die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) hinzugenommen werden. Die Entwicklung des Weltkapitalismus insgesamt sieht also anders aus und seine Analyse kann nicht allein auf die hochentwickelten Länder beschränkt werden. Der linearen Entwicklung in diesen Ländern stehen weit höhere Wachstumsraten der weniger entwickelten Länder gegenüber. Deren Wachstum hat auch aufgrund des immer noch rapiden Bevölkerungswachstums einen eher exponentiellen Verlauf (Abb. 11). Die Gruppe der sogenannten Entwicklungsländer (sie umfasst in der Abgrenzung der UNCTAD annähernd alle Staaten, die nicht zur OECD, also der hoch industrialisierten Welt und den ehemaligen sozialistischen Ländern gehören) weist seit Beginn der 1980er Jahre ein beschleunigtes Wachstum auf. Ihr Anteil am Welt-BIP hat sich seit 1990 von etwa 15 auf 30 Prozent verdoppelt, obwohl nicht alle Länder und Ländergruppen daran Anteil hatten. Die meisten dieser Länder entwickeln sich auf kapitalistischer Grundlage und selbst in China mit einem großen staatlichen Sektor wächst, verbunden mit der Vertiefung sozialer Widersprüche, die kapitalistische Privatwirtschaft am schnellsten.

Abbildung 11: Niveau und Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: UNCTAD Statistics; eigene Darstellung

Auch wenn der Niveauunterschied im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung noch ziemlich hoch sein wird, liegt die Perspektive dieser globalen Verschiebung in der Verringerung des ökonomischen Gewichts der bisherigen kapitalistischen Zentren der Triade (USA, Westeuropa, Japan) und in der Relativierung ihrer hegemonialen Position. Die Krise von 2007/2009 ist für diese globale Verschiebung ein historischer Wendepunkt. Seitdem ist nicht nur die Wachstumsrate der Gruppe der Entwicklungsländer größer als die der kapitalistischen Industrieländer, sondern auch der absolute Zuwachs. Das heißt der Abstand zwischen Zentrum und Peripherie – ein Begriffspaar, das künftig wohl obsolet wird – begann absolut zu sinken.

Gemessen am globalen Wirtschaftswachstum deutet gegenwärtig also nichts darauf hin, dass es in absehbarer Zeit zu einer Stagnation kommen könnte. Die Wirtschaft befindet sich in einer akuten Labilitätsphase des Wachstums und es kommt zur Ablösung der Dominanz bisheriger und zur Herausbildung neuer räumlicher Wachstumsmotoren, aber von einem nahenden Stillstand kann keine Rede sein. Selbst wenn Keynes recht hätte mit der Behauptung, die auf einem hohen Niveau der Einkommen eintretende Bedürfnis- und Nachfragesättigung bringe das Wachstum zum Erliegen, so scheint die Welt noch weit davon entfernt. In den hochentwickelten Ländern ist zudem nicht eine wachsende, sondern eine sinkende Sparneigung der privaten Haushalte zu verzeichnen. Auch die These, eine baldige Stagnation sei

wegen fehlender nicht-kapitalistischer Räume und Sphären unvermeidlich, lässt sich nicht bestätigen. Diese These steht nicht nur bei Luxemburg im Vordergrund, sie klingt auch beim Landnahme-Theorem von Burkhardt Lutz oder Klaus Dörre an. Beide beziehen sich auf Luxemburg, und auch wenn sie die Zusammenbruchstheorie nicht übernehmen, so vermuten sie doch Begrenzungen des Wachstums.<sup>68</sup> Diese These scheint auch dem Theorem der «Akkumulation durch Enteignung» (David Harvey), der Postulierung eines fehlenden «Außen» bei Hardt/Negri oder der Theorie einer Kommodifizierung bisher nicht-monetärer Bereiche (die Große Transformation bei Karl Polanyi) zugrunde zu liegen. Obwohl die Integration solcher Bereiche in den Kapitalkreislauf zweifellos eine bedeutende Quelle der Akkumulation ist,<sup>69</sup> lässt sich auch bezüglich dieser Gruppe von Theorien feststellen, dass es nach wie vor riesige Bereiche des nicht-kapitalistischen «Außen» gibt. Viele Territorien in Asien, Afrika und Lateinamerika harren noch ihrer ökonomischen, insbesondere infrastrukturellen Erschließung und viele Millionen Menschen vegetieren ohne eine existenz- und ihre Würde sichernde Beschäftigung dahin. Bereiche des Außen entstehen auch im Gefolge des weltweiten Bevölkerungswachstums und der ständig erneuerten Exklusion und Prekarisierung großer Bevölkerungsgruppen und werden von privaten Haushalten und im öffentlichen Bereich immer wieder neu geschaffen.<sup>70</sup> Die zentrale Sphäre des Wachstums liegt freilich gar nicht im Aufsaugen oder Unterwerfen nicht-kapitalistischer Bereiche durch und unter die Kapitalverwertung. Diese Sphäre wird vielmehr durch den Drang zur Kapitalverwertung immer wieder *neu geschaffen und erweitert*. Die von Lutz thematisierte «äußere» und «innere Landnahme» mag eine bedeutende Rolle im Wachstumsprozess spielen, entscheidend ist jedoch – um bei dieser Metaphorik zu bleiben – die *Schaffung* von «Neuland». Es geht dabei nicht um Landnahme oder schöpferische Zerstörung, weil es um etwas Neues, Zusätzliches, um die Schaffung von Bedürfnissen und neuen Gebrauchswerten geht und nicht nur um Formwandel oder Transformation bereits bestehender Felder der Produktion. Schon Marx' Vorstellung von der Produktivkraftentwicklung krankte daran, dass Innovationen auf dem Feld der Konsumgüter im Vergleich zu technologischen und Produktionsmittel-Neuerungen keine angemessene theoretische Reflexion erfuhren; nicht was, sondern wie produziert wurde, stand im Mittelpunkt seines Interesses. Man mag über Bedeutung oder Nutzlosigkeit mancher neuer Gebrauchswerte für ein gutes, würdiges Leben denken wie man will, Tatsache jedoch ist, dass der Kosmos der Konsumgüter, die als Träger von Wert Gegenstand der Verwertung sind, seit einigen Jahrzehnten erheblich expandiert und von Millionen Menschen überhaupt erst einmal als Bedürfnis und Bedarf wahrgenommen wird. Arktis und Antiarktis, Tiefsee und Weltraum und das ganze Feld der Produktion umweltverträglicher Produkte bieten für viele Jahrzehnte ausreichende Felder für das weitere Wachstum, von militärischer Rüstung mit neuen Waffensystemen für Cyperkrieg und Weltraum ganz zu schweigen.

Die Möglichkeit weiteren kapitalistischen Wachstums schließt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine akut verstärkte Instabilität ein. Dabei geht es nicht darum, dass es prinzipiell instabil ist, es also gar keinen Gleichgewichtspfad oder ein «Wachstum auf des Messers Schneide» geben kann. Vielmehr geht es darum, ob diese prinzipielle Instabilität gegenwärtig und künftig neue, existenzbedrohende Züge aufweist. Wie steht es also um die Volatilität des Wachstums, also der Wahrscheinlichkeit starker, schockartiger Wachstumsschwankungen, die über den normalen zyklischen Verlauf hinausgehen? Zeigt sich hier vielleicht eine zunehmende Instabilität und Krisenneigung, die als Vorzeichen der Endkrise gedeutet werden könnten? Wird die Volatilität des Wachstums der letzten Jahrzehnte mit der Zeit zwischen 1870 und dem Zweiten Weltkrieg verglichen, kann für heute eine geringere Schwankungsbreite des Wachstums im Vergleich zu früher festgestellt werden. Selbst innerhalb der letzten Jahrzehnte hat die statistisch ermittelte Volatilität des Wachstums nicht etwa zu-, sondern abgenommen.<sup>71</sup> Wie schon eine visuelle Chartanalyse zeigt, hat es also Phasen verstärkter Krisen, die durch eine Phase der Moderation abgelöst wurde, auch früher gegeben. Die hektischen Konvulsionen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der zu einer gigantischen Kapitalvernichtung führte, durch eine Prosperitätsphase abgelöst, in der selbst die Abschwünge des Wirtschaftszyklus noch positive Zuwächse

---

<sup>68</sup> Lutz, Burkhardt: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York 1984; Dörre: Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik, S. 56–72.

<sup>69</sup> Das hohe Wachstum in manchen Entwicklungsländern beruht teilweise auch auf dem Effekt der Einbeziehung bisher auf direktem Gütertausch beruhender Produktion in die monetären Kreisläufe und damit ihrer überhaupt erstmaligen wertmäßigen Erfassung, was zu Wachstumssprüngen im statistisch ausgewiesenen BIP führt.

<sup>70</sup> Im Übrigen können die Bereiche, die wie z. B. öffentliche Einrichtungen nicht der unmittelbaren Kapitalverwertung unterworfen sind, nicht durchweg einem nicht-kapitalistischen «Außen» zugeordnet werden. Die Subsumtion unter die Kapitallogik vollzieht sich nicht nur über Kommerzialisierung, sondern weist vielfältige politisch-ökonomische Formen auf, die sich graduell unterscheiden. So stellen beispielsweise öffentliche Infrastruktureinrichtungen eine Befreiung des Kapitals von bestimmten Kosten dar; wieso sollten sie «außerhalb» der Verwertungslogik stehen? Vgl. auch Leibiger, Jürgen: Reclaim the Budget. Staatsfinanzen reformieren, Köln 2010, insbes. Kap. 1.

<sup>71</sup> Bundesbank: Zur Outputvolatilität auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene, in: Monatsbericht, Oktober 2009, S. 46, Mohanty, M. S./Zampolli, Fabricio: Government Size and Macroeconomic Stability. In: BIZ Quarterly Review 4/2009, S. 59.

aufwiesen und in der Finanzkrisen ein für alle Mal ausgerottet schienen. Zurzeit deutet zwar nichts darauf hin, dass eine ähnliche Prosperitätskonstellation bevorsteht, aber es gibt keine Gründe, das als Ergebnis einer erneuten großen Kapitalvernichtung für *immer* und für *alle* Länder oder Regionen auszuschließen.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Volatilität kann jedoch trügerisch sein. Bekanntlich war der Teich nur einen halben Meter tief und trotzdem ist die Kuh ertrunken. Die jüngste Krise hat die Verwundbarkeit des Systems und die höhere Wahrscheinlichkeit schwerer Krisen und einer hohen Labilität des Wachstums gezeigt. Marx begründete die Möglichkeit der Krisen – nicht ihre Ursachen – aus dem zeitlichen und räumlichen Auseinanderfall von Kauf und Verkauf. Dieser Auseinanderfall bedeutet, dass Kredit und Verschuldung diese Möglichkeit schaffen, die mit der wachsenden Verschuldung und Kreditvergabe größer werden muss. Die Produktion von Gütern und Leistungen erfolgt in zunehmendem Maße aufgrund von Zahlungsverprechen, die in dem heute erreichten Ausmaß schwerlich komplett einzuhalten sind. Der Kredit- und Schuldenüberbau über der realen Wirtschaft – auch als «The Great Leveraging» bezeichnet<sup>72</sup> – hat eine historisch einmalige Dimension erreicht. Aber nicht nur im Realbereich der Produktion und des Handels mit Gütern und Leistungen spielen die Blasen aus Zahlungsverprechen und Verschuldung eine verheerende Rolle. Dies gilt in noch viel höherem Maße beim Handel mit Wertpapieren. Dadurch entstehen Krisenmöglichkeiten, die unmittelbar vom Finanzbereich ausgehen.

Trotz der Ankündigung von Finanzmarktregulierungen und einer leichten Reduzierung der privaten Verschuldung hält der Prozess der Finanzialisierung an.<sup>73</sup> Langfristig kann sich das Wachstum von Geldkapital und von produktivem Kapital jedoch nur in einem gewissen Gleichschritt bewegen. Wächst Ersteres zu langsam, hemmt es das Wachstum des Letzteren, wächst es zu schnell, sodass die Renditeansprüche durch den produktiven Bereich nicht erfüllt werden können, wird die Blase platzen und negativ auf die produktive Kapitalakkumulation zurückschlagen. Taylor stellt fest, dass «es in den letzten 140 Jahren immer das Übermaß der privaten Verschuldung war, das einer Krise vorausging».<sup>74</sup> Mit dem Platzen, der Entwertung von Geldkapital, wird dessen Überakkumulation und damit dieses Übermaß an Verschuldung zumindest teilweise beseitigt. Mit der rasanten Entwicklung des Geldvermögens, gefüttert auch durch die Geldpolitik der Zentralbanken und die Rettung von Privatbanken durch Staaten und internationale Finanzorganisationen, ist die Gefahr eines Platzens und die Instabilität der Kapitalakkumulation – ganz abgesehen von den zyklischen Schwankungen – insgesamt größer geworden. Selbst wenn den Analysen der Bundesbank mit Skepsis begegnet werden sollte, schließlich hatte sie auch im Vorfeld der letzten Weltwirtschaftskrise komplett danebengelegt, kann ihrer folgenden Einschätzung im jüngsten Finanzstabilitätsbericht 2012 wohl zugestimmt werden: «Die Risiken für das deutsche Finanzsystem sind unverändert hoch.»<sup>75</sup>

Die ins Gigantische verlängerten Kredit- und Verschuldungsketten stehen in einem engen Zusammenhang mit der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion und Zirkulation in globalen Dimensionen. Die Interdependenz der verschiedenen Sphären des Reproduktionsprozesses in vertikaler wie horizontaler Dimension würde schon eine volkswirtschaftliche Planung und Regulierung, deren Ziel die Schaffung eines störungsfreien Wachstums wäre, vor schier unmögliche Aufgaben stellen. Die Möglichkeiten der Störung einer solchen Dynamik sind in einer auf Privatproduktion und privater Entscheidungshoheit gegründeten Ökonomie natürlich ungleich höher. Die Komplexität des Systems bedingt, dass kleinste Anlässe zu kumulierten chaotischen Auswirkungen im gesamten System führen können. Gegenwärtig könnte zum Beispiel die Eurozone zum Ausgangspunkt einer schweren Weltwirtschaftskrise werden. Die den südeuropäischen Ländern aufgezwungene Austerität hat zu einer tiefen Rezession des gesamten Euroraums geführt, von der nur einzelne Länder weniger stark berührt sind. Kommt es zu dem höchst wahrscheinlichen Ausfall von Staatsanleihen in einem größeren Umfang, wird das angesichts des ökonomischen Gewichts dieses Wirtschaftsraums auch die Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehen.

## **8 MEGATRENDS DER AKKUMULATION: GESCHICHTE MIT OFFENEM AUSGANG**

Insgesamt kann festgestellt werden, dass trotz der verringerten Wachstumsrate des Kapitals nicht davon gesprochen werden kann, dass die Akkumulation des Kapitals einer sich verstärkenden säkularen Stagnationstendenz unterliegt, sondern wie das Bruttoinlandsprodukt einen nach wie vor linearer

---

<sup>72</sup> Vgl. Taylor, Alan M.: The Great Leveraging, BIS Working Paper 398, 2012.

<sup>73</sup> Diese Feststellung beruht auf der Datenlage im Sommer 2013. Zumindest bis zu diesem Zeitpunkt ging der Verschuldungsgrad der privaten Wirtschaft der Euroländer seit der Krise leicht zurück (vgl. EZB-Monatsbericht, Juni 2013, S. 58, 61). Insgesamt war ein Prozess des *deleveraging* eingeleitet worden. Nach allen Erfahrungen wird sich der Verschuldungsgrad im konjunkturellen Aufschwung aber wieder erhöhen.

<sup>74</sup> «Over 140 years there has been no systematic correlation of financial crises with either prior current account deficits or prior growth in public debt levels. Private credit has always been the only useful and reliable predictive factor.» (Taylor: The Great Leveraging, S. 27)

<sup>75</sup> Deutsche Bundesbank: Finanzstabilitätsbericht 2012, S. 7.

Trendverlauf mit allerdings verstärkter Tendenz zu schweren Krisen aufweist. Und wie beim Bruttoinlandsprodukt sind die zeitweiligen, krisenhaften Einbrüche, die mit beträchtlichen Kapitalzerstörungen einhergingen, im Aufschwung wieder mehr als ausgeglichen worden. Trotz dieser allgemeinen Tendenz, an der nichts auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus als System hindeutet, offenbart die vorausgegangene Analyse einige Charakterzüge der Kapitalakkumulation, die folgenreich für seine Existenz in einzelnen Ländern sein könnten. Diese Trends sind die global-räumliche Veränderung der Struktur der Kapitalakkumulation, die mit der wachsenden globalen Konkurrenz verbundene Tendenz zur Überakkumulation, die anhaltende Finanzgetriebenheit der Akkumulation und ihre destabilisierenden Folgen und die wachsenden Anforderungen an staatliche und überstaatliche Regulierung zur Sicherung des Profits. Diese Prozesse könnten existenziellen Einfluss auf die Lage der lohn- und sozialabhängigen Bevölkerung in einzelnen Ländern oder Ländergruppen haben und die dort bestehende politische Balance existenziell stören. Dieser Konstellation ist sich auch die herrschende Elite bewusst. Wolfgang Schäuble, Finanzminister eines ökonomisch und politisch vergleichsweise stabilen Landes, kommt angesichts der Krise in den südeuropäischen Ländern nicht umhin festzustellen: «Was wäre gewesen, wenn uns in einem der Länder eine Revolution ausgebrochen wäre? Da kann der Ökonom gar nichts dazu sagen.»<sup>76</sup>

Solange sich im Zuge der Kapitalakkumulation die Lage eines großen Teils der abhängigen Klassen und Schichten absolut verbessert – bestimmend dafür dürften gegenwärtig nach wie vor monetäre Einkommensgrößen sein –, bleibt die politische Stabilität offensichtlich auch dann erhalten, wenn ein anderer, nicht geringer Teil der Bevölkerung prekariert wird und sich die ökonomischen und politischen Eliten weiter nach oben absetzen. Das heißt, diese Art von Polarisierung ist zwar wachstumshemmend, gefährdet aber nicht unbedingt die Stabilität der politischen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation. Anders im Falle einer absoluten Verschlechterung, sobald sie breitere Schichten ergreift, wie das zum Beispiel in Griechenland zu beobachten war, einem Fall, auf den die Schäuble-Äußerung zielt. Die gegenwärtigen Grundzüge der Akkumulation werden zweifellos destabilisierende Wirkungen in einzelnen Ländern haben, auch wenn sie den Kapitalismus als globales System vorerst nicht gefährden. Diese Trends sollen im Folgenden zusammenfassend charakterisiert werden.

*Erstens* wird sich die globale Verschiebung der Investitionsstruktur in Richtung auf die Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt verstärken. Daran partizipieren auch die global aufgestellten Konzerne der entwickelten Länder, die den geografischen Schwerpunkt ihrer Akkumulation weiter verändern werden. Für 2030 prognostiziert die Weltbank für die Entwicklungsländer einen Anteil an den globalen Investitionen von zwei Dritteln und am weltweiten Kapitalstock von 50 Prozent.<sup>77</sup> Der Grund liegt im gewaltigen Entwicklungsbedarf auf den Gebieten der Infrastruktur, der Industrie und der Dienstleistungen und der wachsenden und sich weiter verjüngenden Bevölkerung und den immer noch relativ niedrigeren Lohn- und Sozialkosten und Steuern. Die infolge des globalen Nachfragewachstums steigenden Preise für Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel werden die räumliche Differenzierung von Akkumulation und Wirtschaftswachstum verstärken und könnten die politische Auseinandersetzung zwischen Staaten und innerhalb der Länder anheizen. Vor allem aber sorgen die hohe Arbeitslosigkeit, die extreme Armut und die weiter aufklaffende soziale Schere für eine politische Instabilität, die auch für den Akkumulationsprozess des Kapitals gefährlich werden könnte.

In den hochentwickelten Ländern gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Rolle der Auslandsinvestition verändert. Zwei Prozesse allerdings könnten modifizierend wirken. Die Konsumquote (Anteil der Konsumtion am Bruttoinlandsprodukt) wird sich künftig erhöhen, weil sich im Zuge des demografischen Übergangs der Anteil der nicht erwerbstätigen, aber konsumierenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung erhöht. Folglich werden die Sparquote und die Investitionsquote weiter sinken, sofern es nicht zu tendenziell sinkenden und sogar negativen Leistungsbilanzen – und damit zu steigenden Leistungsbilanzen anderswo – kommt. In die entgegengesetzte Richtung wirkt der Bedarf an Investitionen im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine ökologische und energetische Wende sowie die damit verbundene Entstehung neuer Felder der Kapitalverwertung, wofür allerdings eine verstärkte politische Anstrengung in dieser Richtung vonnöten wäre. Da sich das Sparen der Entwicklungsländer infolge des weiterhin starken Wachstums der jungen und erwerbsfähigen Bevölkerung verstärken wird, könnte es im Zusammenhang mit steigenden Zinsen in hochentwickelten Ländern durchaus zu einer Verstärkung des schon gegenwärtig gelegentlich anzutreffenden Phänomens kommen, dass das Kapital «aufwärts» fließt, das heißt aus den Schwellen- in hochentwickelte Länder mit vermeintlich weniger risikobehafteten Anlagemöglichkeiten und stabilerer Währung. Die Kapitalabwanderung aus dieser Ländergruppe und der damit verbundene Kursverfall einzelner ihrer Währungen im Jahr 2013 ist dafür ein anschauliches Beispiel. Obwohl dies auch «nur» der kurzfristig orientierten Renditeerwartung im Zusammenhang mit

---

<sup>76</sup> Schäuble, Wolfgang, in: Der Spiegel 39/2013, S. 65.

<sup>77</sup> The World Bank: Capital for the Future. Saving and Investment in an Interdependent World, Washington 2013, S. 17.



Risikoabwägungen und Erwartungen hinsichtlich der Zinsentwicklung zum Beispiel in den USA oder sinkenden Renditeerwartungen im Realbereich dieser Länder geschuldet sein könnte, signalisiert dies jedoch das insgesamt erhöhte Risiko plötzlicher internationaler Kapitalbewegungen mit möglicherweise verheerenden Folgen für einzelne Länder.

*Zweitens.* Die Expansionsbestrebungen des Kapitals, darunter der neuen Kapitale aus den Schwellenländern und die wachsende internationale Konkurrenz sorgen dafür, dass die Tendenz zur Überakkumulation auch über den Zyklus hinaus erhalten bleibt. Vor allem die Konzerne der sogenannten BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China – aber auch weiterer Länder werden zunehmend zu Exporteuren von Gütern und Leistungen sowie von Kapital und treten in Wettbewerb zu den Konzernen der hochentwickelten Länder. Dies hat auch Folgen für die weltwirtschaftlichen Gleichgewichte. Im Gefolge der jüngsten Krise wurden zwar einige der größten außenwirtschaftlichen Defizite und Überschüsse vermindert, aber insgesamt bleiben sie auf einem historisch einmalig hohen Niveau. Nationale Wettbewerbsvorteile werden mit staatlichen Mitteln zu halten versucht. Selbst innerhalb des Euroraums, der eigentlich dafür prädestiniert sein sollte, solche Ungleichgewichte zu beseitigen, hält vor allem Deutschland eisern an seiner merkantilistischen Beggar-thy-Neighbour-Politik mit Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber den schwächeren Ländern Südeuropas fest.

*Drittens* hält der Prozess der Finanzialisierung weiterhin an und bleibt ein entscheidendes Krisenpotenzial über Konjunkturkrisen hinaus. Trotzdem ist diese Entwicklung beeinflussbar und selbst eine weitere tiefe Krise<sup>78</sup> könnte, was die Existenz des Kapitalismus anbelangt, genauso wie die vorige Weltwirtschaftskrise «beherrscht» werden, wenn auch auf Kosten der abhängigen Bevölkerung. So wie die Finanzmärkte in der Vergangenheit politisch beeinflusst und dereguliert worden sind, so ist das auch in Zukunft möglich. In welcher Richtung und mit welchen Folgen hängt nicht nur von Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation, sondern genauso stark vom politischen Kräfteverhältnis der widerstreitenden Akteure ab. Selbst manchen Vertretern der politisch-ökonomischen Elite wird es angesichts der sich erneut aufschaukelnden Vermögensblase Angst und Bange, wie jüngste Äußerungen zum Beispiel von William Whites, früherer Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, zeigen. White meint: «Die Risiken sind jetzt womöglich noch größer als damals [vor dem Zusammenbruch der Lehman-Bank – J. L.]. [...] Alles in allem denke ich, man hat alles einfach noch schlimmer gemacht».<sup>79</sup> Auch der frühere US-Minister Henry Paulsen beschwört «die Gefahr einer erneuten Finanzkrise» und fordert «das Chaos zu beenden und unsere Fehler zu beheben.»<sup>80</sup> Inwieweit neue Regulierungsinstrumente stabilisierend wirken können, ist freilich völlig offen, zumal die Regierungen nur zögernd in dieser Richtung agieren und dem Erfindungsreichtum der Finanzbranche ziemlich hoffnungslos gegenüberstehen.

*Viertens* zeigt sich eine Modifizierung in der Umsetzungspraxis der neoliberalen Doktrin. Schon in der jüngsten Weltwirtschaftskrise offenbarten die politisch Verantwortlichen unter dem Forderungsdruck der Finanzindustrie eine Flexibilität der besonderen Art. Joseph Stiglitz bezeichnet sie als «Sozialismus für die Reichen». Wankende Banken werden mit staatlichen Mitteln gerettet, gigantische Konjunkturpakete wurden geschnürt, überstaatliche Organe und Rettungsfonds werden eingerichtet und neue internationale Überwachungsinstitutionen kreiert. Der Druck der Krise bewirkt, dass im Kampf der verschiedenen Gruppen sozialer Akteure um und im Staat seine Rolle neu justiert wird. Teilweise unbewusst und in einem Prozess des *trial and error* wird damit auf die Erfordernisse wachsender Vergesellschaftung der Produktion in globalen Dimensionen reagiert, auch wenn diese Reaktionen unzureichend sein mögen. Da es bei dieser Anpassung um die Sicherung von Macht und Profit geht, schließt das durchaus verstärkten sozialen Druck und staatliche Austerität im Sozialbereich mit der Begründung ein, der Staat sei zu groß geworden und müsse sparen. Es geht also darum, wer die Anpassungskosten an neue Verhältnisse zu tragen hat. Eine notfalls verstärkte politische Repression ist in diesen Umbau eingeschlossen.

Als Fazit lässt sich feststellen, dass die Krisenanfälligkeit des Systems der Akkumulation heute zweifellos größer geworden ist. Das ist keinesfalls gleichbedeutend damit, dass diese Krisenanfälligkeit sich *kontinuierlich* steigern und das System deshalb bald unweigerlich zusammenbrechen muss. Kommt es erneut zu einer Krise mit einer großen Entwertung und werden doch noch international wirksame Regulierungsformen durchgesetzt, könnte das durchaus eine erneute Stabilisierung zur Folge haben. Dies bedeutet nicht, dass seine grundlegenden Widersprüche und seine Krisenanfälligkeit beseitigt wären, aber dies bedeutet, dass das System weiter existieren kann. Eugen Varga, einer der Väter der Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus konstatierte in der schweren Systemkrise zu Beginn der 1920er Jahre,

---

<sup>78</sup> Die konjunkturellen Aufschwünge dauerten nach den Angaben des National Bureau for Economic Research der USA im Durchschnitt der letzten 30 Jahre 71 Monate. Danach könnte um 2015 mit der nächsten zyklischen Krise gerechnet werden. Allerdings schwankte diese Dauer zwischen 12 und 120 Monaten.

<sup>79</sup> Börsenzeitung, Frankfurt a. M., 23.8.2013.

<sup>80</sup> Paulsen, Henry M.: Die Saat für die nächste Krise, in: Handelsblatt, 11.9.2013.

als viele Linke vom unmittelbar bevorstehenden endgültigen Crash des Kapitalismus überzeugt waren: «Sicherlich sind wir mitten in einer [Varga schrieb in «einer», nicht in «der» – J. L.] Periode des Niedergangs des Kapitalismus, was die *objektive Möglichkeit* einer siegreichen proletarischen Revolution schafft. Aber die objektive Möglichkeit ist noch lange keine Wirklichkeit. [...] Die objektive Entwicklung selbst führt nie automatisch zum Zusammenbruch des Kapitalismus. Kämpft das Proletariat nicht entschlossen revolutionär, so *wird* die imperialistische Weltkonzeption siegen, so *wird* der Kapitalismus die Krise (auf Kosten des Proletariats) überwinden!» (Hervorhebung und Klammer im Original).<sup>81</sup> Man kann heute über das Pathos und die verwendeten Begriffe geteilter Meinung sein, aber in der Sache hat Varga eine Prognose abgegeben, die sich als richtig herausstellte. Der künftige Verlauf auch der heutigen Kapitalakkumulation lässt sich nicht allein aus einer ökonomischen Analyse deduzieren, und der Ökonom kann nicht zu allen Fragen etwas sagen, wie Wolfgang Schäuble es formuliert. Auch Rosa Luxemburg hielt eine nur ökonomische Analyse nicht für ausreichend. Ihre Begründung dafür, warum der Zusammenbruch nur eine «theoretische Fiktion» sei, liegt darin, dass «die Akkumulation des Kapitals nicht bloß ökonomischer, sondern politischer Prozess ist.»<sup>82</sup>

Die gegenwärtige Krise und ihre Folgen öffnen ein historisches Zeitfenster für Transformationen, die über den Kapitalismus hinausweisen. Dieses Zeitfenster öffnet aber auch Ausgänge zu anderen Entwicklungen, sowohl für eine große Entwertung im Gefolge einer weiteren großen Krise oder eines heißen oder kalten Krieges. Gewissheiten gibt es hier nicht, oder wie Robert Brenner es formuliert: «Wo, wann und wie das alles endet, weiß der Himmel.»<sup>83</sup> Dem wäre freilich hinzuzufügen, dass es gar nicht endet, wenn es nicht beendet wird. Die Annahme eines vermeintlichen Endpunktes oder Zusammenbruchs der Akkumulation bedarf es zur Begründung der Notwendigkeit einer Transformation allerdings nicht. Die Gewissheit, dass die Kapitalakkumulation inhärent instabil ist, sich diese Instabilität in Störungen der Reproduktionsfähigkeit großer Teile der Bevölkerung äußert und dass es besser geeignete Regulierungssysteme gibt, um die Probleme der Menschheit anzugehen sowie ihren Fortschritt zu gewährleisten, genügen dafür vollauf.

---

<sup>81</sup> Varga: Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, S. 321.

<sup>82</sup> Luxemburg: Antikritik, S. 519.

<sup>83</sup> Brenner: What is Good for Goldman Sachs, S. 73.